



**Bibliothek  
des Instituts für Weltwirtschaft  
an der Universität Kiel**

**Broschürensammlung**

**Signatur**

**B** 8499







DIE  
**ASCHE DER MILLIONEN.**

VOR, WÄHREND UND NACH DER KRISE  
VOM JAHRE 1873.

VON  
**MORITZ LINDER.**

ZWEITE AUFLAGE.

WIEN.  
VERLAG VON WILHELM FRICK.  
1884.







DIE  
**ASCHE DER MILLIONEN.**

---

VOR, WÄHREND UND NACH DER KRISE  
VOM JAHRE 1873.

---

VON  
**MORITZ LINDER.**

---

ZWEITE AUFLAGE.

**WIEN.**  
VERLAG VON WILHELM FRICK.  
1884.





Als ich zu Beginn des Monats Mai daran ging, die Artikelreihe: „Die Asche der Millionen“ für das „Neue Wiener Tagblatt“ zu concipiren, da lag mir nichts ferner, als die Prätension, „ein Buch“ zu schreiben. Ich war dabei vielmehr lediglich von der Absicht geleitet, einer journalistischen Pflicht zu genügen. Ich wollte in meiner Eigenschaft als Redacteur des wirthschaftlichen Theiles eines weitverbreiteten Journals die Wende des ersten Dezenniums nach der grossen ökonomischen Krise vom Jahre 1873 nicht vorübergehen lassen, ohne diesem bedeutsamen Zeitabschnitte einige Gedenkblätter zu widmen. Der Versuch, den Spuren der grössten heimischen Krise nachzugehen, nöthigte mich zwar etwas zurückzugreifen und die österreichischen Finanzverhältnisse der ganzen nachmärzlichen Epoche in ihren allgemeinsten Umrissen zu berühren; allein der Zweck, den ich mit meinen Aufsätzen verfolgte, musste eine erschöpfende Behandlung des reichen Stoffes von vorneherein ausschliessen. Ich schrieb nach gewohnter journalistischer Art am Tage für den Tag. Dabei war



ich bedacht, mich von jedweder Parteitendenz in politischer, wie in finanzwirthschaftlicher Richtung fern zu halten. Vielleicht verdanke ich diesem Streben und dem Bemühen, neue, bisher ungekannt gewesene Details mit den schon bekannten in übersichtlicher Darstellung zusammenzufassen, die überaus freundliche Aufnahme meiner Arbeit und die vielfache Aufmunterung, die Artikel zu sammeln und in buchförmigem Zusammenhange herauszugeben. Bei dieser Umformung empfahl es sich allerdings, einige Parteen entsprechend auszuweiten, und haben speciell die zwei letzten Kapitel eine wesentliche Vermehrung des Inhaltes erfahren.

Und so möge diesen Glossen zum mindesten das eine Verdienst zugestanden werden, für eine zukünftige grosse und umfassende Geschichte der Krise vom Jahre 1873 einiges nicht unwichtige Materiale vorbereitet und manchen nicht unrichtigen Fingerzeig gegeben zu haben.

Wien, im Juni 1883.

Moritz Linder.

# Inhalt.

Vor den Staatsnoten . . . . .	Seite 9
-------------------------------	------------

Die Ursachen der Krisis. — Die Unvermeidlichkeit der Krisen. — Keine wirthschaftliche Schulung. — Von der Gründung der „österreichischen Nationalbank“ bis zur Gründung der ersten Privatbank. — Der „Credit Mobilier“. — Verkauf der „österreichischen Staatsbahn“. — Gründung der „Kreditanstalt“. — Die Krise vom Jahre 1857 und das Verhalten des Baron Bruck. — Mangel an Zirkulationsmitteln in Oesterreich. — Zinsfußverhältnisse. — Naive Anschauungen über volkswirthschaftliche Dinge. — Graf Buol-Schauenstein und die Kassenscheine. — Die Wiener Kommune und die Stadterweiterung. — Die offiziellen Anlehenswerber. — Die Staatsgeschäfte und die Finanzwelt. — Die Valutaschwankungen und die Arbitrage. — Das Falliment des Bankhauses Arnstein & Eskeles und das Ausgleichsverfahren. — Die Kursregulirungen im Ordonnanzwege. — Der Verkauf der „lombardischen Eisenbahnen“. — Die Ausgabe der „Kreditlose“. — Der Mißerfolg der Emission der 1860er Lose. — Finanzminister v. Plener und Herr v. Wodianer. — Der Konkurrent Rothschild's. — Die Ebbe in den Staatskassen.

Vor der Milliardenwanderung . . . . .	24
---------------------------------------	----

Der Vorwurf des Phäakenthums. — Der unpraktische „Guldenfuß“. — Die traditionelle österreichische Papierwirthschaft. — Die Staatsnoten des Sistirungsministeriums. — Folgen der unvernittelten Vermehrung der Zirkulationsmittel. — Der Erntesege von 1867. — Sanguinische Hoffnungen. — Beginn der Gründungskampagne. — Anwachsen des Kurszettels. — Graf Beust und die neuen Gründungen. — Kotirung der „Türkenlose“. — Zweck der Gründung der „Wiener Bank“. — Kampf mit der Kontremine. — Das tragische Ende des Grafen Wratislaw. — Neue Eisenbahnprojekte. — Die Eisenbahnbau-Bureaux der Banken. — Stroussberg über die österreichische Bau-



methode. — Der Handel mit Eisenbahnkonzessionen. — Die Folgen der forcierten Eisenbahnbauten. — Die ersten Baugesellschaften. — Die ungarischen Gründungen. — Der Höhepunkt der Gründungsepoche vom Jahre 1869. — Die „Goldader“ der Innerberger Gewerkschaft. — Plötzliche Geldvertheuerung. — Die Nothsignale der Nationalbank. — Die Entnüchterung der Spekulation. — Politische Beunruhigung. — Die „kleine“ Krise.

#### Vor der Katastrophe . . . . . 38

Das Wiederaufleben der Gründungen. — Abschluss des deutsch-französischen Krieges. — Die Hoffnungen auf die Milliardenwanderung und auf die Wiener Weltausstellung. — Die Zeit des imaginären Reichthums. — Die Betheiligung aller Berufsstände an der Effektenhausse. — Der Luxus. — Theuerung und Wohnungsnoth. — Der Theater-Flor. — Die Kunstmäcene „von der Börse“. — Die Schlösser'sche Venus und das „parzellirte“ Bild. — Die Deteriorirung des Mittelstandes. — Die „Büchel-Millionäre“ und die erbgesezene Finanzaristokratie. — Der „Jockey-Club“ als Börsenkundschaft. — Der Kurszettel der Gottesfürchtigen. — Die „Kostgeschäfte“ der Hochfinanz. — Die Maklerbanken und der „Kostwucher“. — Die Rolle der Maklerbanken bei „Einführungen“. — Die überstürzte Gründung von Baugesellschaften. — Die „nothleidenden Baustellen“. — Gründung von Hypothekaranstalten. — Das Verhalten der Regierung. — Das „Regulativ“ vom Monat März 1872. — Die Bankenkartelle. — Adelina Patti als Konzessionswerberin. — „Wechselreitereien“. — Das „reine“ Differenzspiel. — Die Verwirrung im Arrangement. — Die „falschen Hände“. — Börsenhumor. — Die falschen Weltausstellungsberechnungen. — Das Resultat der Börsenbewegung vom Jahre 1872. — Trostlose Physiognomie von Handel und Gewerbe. — Stockung des „legitimen“ Geschäftes. — Die Handelsbilanz. — Der Tag der höchsten Kurse. — Beginn des Misstrauens. — Freiwillige und unfreiwillige Executionen. — Am Vorabend des „schwarzen Freitag“.

#### Der „schwarze Freitag“ . . . . . 53

Die Physiognomie der Börse am 9. Mai 1873. — Die Tumulte im Börsensaal. — Rathlosigkeit der Börsenkammer. — Der Kurszettel vom „schwarzen Freitag“. — Die nächtliche Berathung. — Die Zeichnungen für den „Aushilfsfond“. — Erklärung des Vertreters der Nationalbank. — Der erste Ruf nach Suspension der Bankakte. — Der Schluss um Mitternacht. — Die getäuschten Hoffnungen. — Neue Tumulte im Börsensaal. — Die Deputation beim Finanzminister. — Suspension der Bankakte. — Der „Zahltag“. — Ein Selbstmord. — Die Todtenglocke der



Mai-Gefallenen. — Der Galgenhumor des Coulissiers. — Der falsche Appetit der Börse. — Sturz der „Wiener Wechslerbank“. — Der Garantiefond. — Die Kursverluste von Ende Juni. — Rundschreiben des Finanzministers. — Gesellschaftliche Konsequenzen der Krise. — Die falschen Puritaner. — Die Aechtung der Börse. — Die bösen Witze über die Börse. — Die „Kleinen“ und die „Grossen“. — Die Verluste im „Kostgeschäft“. — Das „Trauerspiel des Kindes“. — Die Geschichte des neuen Börsenbaues. — Ruf nach Staatshilfe. — „Es wird schon besser werden.“ — „Das Geld der Steuerträger“ etc. — Die Konferenz bei Herrn de Pretis. — In der Fensternische. — Der „gefährliche“ Financier. — Die trostlosen Semestralbilanzen. — Die Idee der Errichtung der „Staatsvorschusskassen“. — Sanirung der „österreichischen Bodenereditanstalt“. — Die Domänen-Pfandbriefe. — Die Konferenzen im Ministerium des Inneren. — Die finanzielle „Rettungsgruppe“. — Die Rolle der Nationalbank. — Der übelberathene Finanzminister und der Einfluss Lasser's. — Intervention der ungarischen Minister. — Die Abwendung der Katastrophe. — Der „eiserne Besen“ des neuen Gouverneurs. — Das Vorschusskassen-Gesetz. — Der Effekten-Belehnungs-Paragraph. — Wirtschaftliche Sterilität. — Die Feudalklerikalen nach Ausbruch der Krise. — Die adeligen Gründer und Präsidenten. — Statistik der hochgeborenen Verwaltungsräthe. — Die Eisenbahn-Konzessionen unter den Regierungen der „Rechten“ und der „Linken“. — Der Antrag Lienbacher's und der Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses. — Die Bilanz der Gründungen. — Die Epoche der „geheimen Rettungen“. — Die opferlose Staatshilfe. — Die Staatsbilanz des ersten Krisenjahres. — Die „Hyänen der Liquidation“. — Die „unterdeckten“ Contis. — Die „stillen“ Ausgleichs.

**Zehn Jahre nachher . . . . . 81**

„Verdienen“ mit dem kleinen „f“. — Der Wahlspruch der Wiener Finanzwelt. — Ein Wort Mirès'. — Die „gutmüthigen“ Aktionäre. — Die Bankmänner von Einst und die „Bankiers“ von Heute. — Die Financiers in „nobleren“ Sphären. — Die Banken als Verdränger der Bankiers. — Die Liaison mit dem Schottenring. — Die verpönte „Aktie“. — Die nothleidende böhmische Bahn. — Das Schicksal des ersten Sanierungsprojektes. — Die Hilfe von Auswärts. — Die „riskanten“ Geschäfte und der „kommerzielle Eisenbahnwerth“. — Der Refrain der Jungfer Boulotte. — Der weisse Bankier-Rabe. — Das lukrative Terrain in Böhmen. — Schiller als Reklamenfabrikant. — Das Signal für die „Soliden“. — Die neue „Gruppe“. — Bontoux als Sanirer. — Die Wiederkehr des Halbschlafes. — Die stille Börse.



— Die Ruhe des Aktienfriedhofes. — „Waare“ und kein „Geld“. — Unüberlegte Massnahmen. — Die Betriebsdefizitfrage. — Das Rückströmen der Silberpapiere. — Das neue Wuchergesetz und das Börsepublikum. — Die Alleinherrschaft der „Kreditaktie“. — Das unbefriedigte Spekulationsbedürfniss. — Das Auftauchen der „Remisiers“. — Ursachen der Schwächung der Wiener Börse. — Der Dualismus und die föderalistischen Tendenzen. — Mangelnde Führerschaft. — Die degenerirte Koullisse. — Die veralteten Wiener Börseusancen. — Das Wachsen der Pester Börse. — Umgehung des Wiener Platzes. — Nothwendigkeit der Termin-Liquidation. — Reform des Bank-Commissionsgeschäftes. — Der Personalkredit an der Börse. — Die Schablone im Kostgeschäft. — Das ungerechtfertigte Misstrauen im Effektenhandel. — Die Gestion des „Aushilfskomités“. — Börsengeschäfte als Handelsgeschäfte. — Die grossen Emissionsinstitute und das Zeitgeschäft. — Die nothwendigen Börsereformen. — Das Wiener Börsengeleise. — Die „Geld-“ und „Notenfrage“. — Papier- und Metallzirkulation. — Konsequenzen der Valuta-Misère. — Die Geldnoth im Oktober 1882. — Die Banksitzung vom 19. Oktober. — Unzulänglichkeit des Bankstatuts. — Artikel 84 des Bankstatuts vom Jahre 1878. — Die wiederholte Suspension der Bankakte. — Die „Geldfrage“ und die oberste Bankleitung. — Die Zirkulationsmittelfrage jenseits der Leitha. — Zinsfuss und Rentenmarkt. — Wirthschaftliche Emanzipation Ungarns. — Ungarn als Gründungsasyl. — Der Dualismus und die „österreichische“ Staatsbahn. — Der Staatsbahnvertrag und die ungarische Hauptstadt. — Die „Verlängerung“ der Eisenbahnen. — Das Rütteln an der Reichshauptstadt. — Wien und der Fiskus. — Engherzige Kommunalpolitik. — Die Praxis des Stadterweiterungsfondes. — Börse und Staatsfinanzen. — Die Schlussmoral.

### Vor den Staatsnoten.



ehn Jahre nach dem grossen Millionenbrande von 1873! Die Asche der Erinnerungen fliegt auf und wirbelt umher, die Asche der Millionen . . .

Die an Katastrophen und Unglücksfällen aller Art nur allzu reiche Finanzgeschichte Oesterreichs weist trotzdem keine Krise auf, welche an Bedeutung, Umfang und Intensität sich mit jener vom Jahre 1873 auch nur entfernt messen liesse — ja, sie sucht selbst in der Geschichte der Wirthschaftskrisen aller Zeiten und aller Völker vergebens Ihresgleichen. Ein Dezennum ist seit jenem verhängnissvollen Freitag des „Wonnemonats“ Mai verflossen, aber noch immer wirken die Folgen der grossen Börsen- und Handelskrise auf zahlreichen Wirthschaftsgebieten des Landes fort, und noch immer war es nicht möglich, die tiefen Spuren ganz auszutilgen, welche der „schwarze Freitag“ für die langen, schweren Jahre nach ihm hinterlassen. Der „grosse Krach“, wie die seither zum geflügelten Worte gewordene spezifisch Wienerische Betitelung der Mai-



katastrophe lautet, hat eine förmliche Tour durch die Welt gemacht, denn der Wiener Krise sind zahlreiche Krisen in anderen Ländern, in Ungarn, in Deutschland, in Italien, in England, in Holland, in Schweden etc. gefolgt, und die letzten Ausläufer der Rückwirkungen haben sich sogar auf Nord- und Südamerika erstreckt. Ein unheilvoll mannigfaltiges Zusammenwirken von Verhältnissen und Zusammentreffen von Umständen hatte dazu beigetragen, die grosse Wiener Börsenepidemie, welche schliesslich in eine Handels- und Industriekrise ausartete, vorzubereiten. Die Emission der Staatsnoten im Jahre 1866 und das glänzende Ernte-Ergebniss des Jahres 1867 haben zweifellos den Anstoss zu der ersten Börsenbewegung in den Jahren 1867—1869 gegeben, wie die Milliardenzahlung Frankreichs an Deutschland und die Wiener Weltausstellung als Hauptmotoren der Gründungsepoche in den Jahren 1872 und 1873 angesehen werden dürfen.

Die Frage, ob sich wirthschaftliche Krisen überhaupt vermeiden lassen, wurde schon oft erörtert; sie ist aber selbst von den grössten Fach-Autoritäten verneint worden. Wo überhaupt Bewegung ist, da ist allzeit die Gefahr der Ausschreitung vorhanden, denn auch von den Idealen auf wirthschaftlichem Gebiete gilt das Wort des Grafen *Taafe*, dass sie „die Eigenthümlichkeit der Unerreichbarkeit besitzen“. Die Geschichte der Handels- und Finanzkrisen, angefangen von der durch die Tulpen-Manie erzeugten Krise in Holland

im Jahre 1634 und vom *Law'schen* Finanzsystem in Frankreich im Jahre 1715 bis auf den „schwarzen“ Freitag in New-York im Jahre 1869 und bis auf die Pariser Börsenkrise vom Jahre 1882, lehrt, dass kein staatlicher Organismus, mag derselbe nun wirthschaftlich vorgeschritten sein oder nicht, vor Krisen geschützt ist, und weiters, dass die Ursachen derselben oft ganz ausser allem Verhältniss zu den Wirkungen stehen. Kleine Veränderungen oder Neuerungen auf irgend einem Wirthschaftsgebiete haben schon oft mächtige Krisen erzeugt, und es mag nur das Beispiel angeführt werden, dass in der Zeit, als die langen Beinkleider eingeführt wurden, die Schnallenfabrikanten in Birmingham in grosse Noth geriethen und an die englische Regierung die Forderung stellten, der neuen Mode Einhalt zu thun. Nur die absolute Stagnation schliesst Krisen aus, aber dort, wo Leben und Bewegung herrschen, sind zeitweilig Erschütterungen und Umwälzungen kaum zu vermeiden; wo es Feuer gibt, da entwickelt sich auch mehr oder minder viel Rauch und Glut. Ebenso wenig wie im Krieg jeder Schuss sein Ziel trifft, ebensowenig gelingt jedes neue Unternehmen und wer die guten und nützlichen Schöpfungen wünscht, der muss auch die schlechten und missrathenen mit in den Kauf nehmen. Den puritanischen Theoretikern und theoretischen Puritanern, nach deren Behauptung sich Krisen dadurch vermeiden lassen, dass man grosse finanzielle oder geschäftliche Bewegungen „beliebig“ unterdrückt, oder



auch nur eindämmt, hält *Michaelis* mit Recht Folgendes entgegen: „Kennt etwa die Natur keine Krisen, bildet nicht der Erdball, wie er jetzt ist, das Resultat von tausend auf einander folgenden Krisen, ohne welche er ein derber Kern mit einer langweiligen Wasserfläche obenauf geworden wäre? Und hat er jetzt etwa alle Krisen durchlebt, gibt es keine Erdbeben, Ueberschwemmungen und Versandungen mehr? Und sollte denn das Zusammenleben der Menschen diesen Gesetzen der menschlichen Fortentwicklung, die durch Leben und Tod, Wachsthum und Zerstörung zum Bessern fortführen, etwa nicht unterliegen?“ Wirthschaftliche Katastrophen werden sich darum auch in der Folge nicht vermeiden lassen; wohl aber dürften die künftigen Krisen in dem Maasse, als die ökonomische Bildung der Völker vorschreitet und als die Erkenntniss von deren Ursachen in die Massen dringt, viel von ihren Schrecken verlieren und die Wirkungen derselben weniger verheerend werden. Hierzulande ist die wirthschaftliche Schulung der Menge auch jetzt, nach der Krise vom Jahre 1873, leider noch wenig vorgeschritten, und die Einschränkung und Kürzung des Schulbesuches ist gewiss kein Mittel, Bildung im Allgemeinen und wirthschaftliches Wissen im Besonderen zu verbreiten. Die absolute Unerfahrenheit in ökonomischen Dingen in Oesterreich hat ohne Zweifel mit dazu beigetragen, die jüngste Kolossal-Krise zu potenziren und die Wirkungen derselben zu verschärfen.

Es kann heute nicht unsere Aufgabe sein, die ökonomischen Urzustände in Oesterreich zu schildern, und es mag für unsere Zwecke genügen, darauf hinzuweisen, dass selbst in neuerer Zeit, in den Fünfziger und Sechziger Jahren, das österreichische Bank- und Kreditwesen noch vollständig unentwickelt war. Seit der Etablirung der „Nationalbank“ im Jahre 1816 vergingen volle 37 Jahre, bis die erste Privatbank, die „Niederösterreichische Escompte-Gesellschaft“, im Jahre 1853 gegründet wurde. Zwei Jahre darauf erfolgte die Schaffung der „Oesterreichischen Kreditanstalt“. Die Gründung des „Credit Mobilier“ in Paris im Jahre 1852 durch *Emile Pereire* und *Fould* mit einem Aktienkapital von 60 Millionen Francs hat offenbar den Anstoss zur Entstehung der Wiener Kreditanstalt gegeben. Der „Credit Mobilier“ hatte für das Jahr 1855 nicht weniger als beiläufig 24 Millionen Francs, mithin gegen 40 Prozent des Kapitals, an die Aktionäre vertheilt. Damals befand sich das österreichische Finanzportefeuille in den Händen des gewesenen Direktors der kaiserlichen Porzellanfabrik und der Tabakfabrikation und früheren Professors der Physik *Andreas v. Baumgartner*, und da der Staat in Folge der bewaffneten Neutralität im Jahre 1854 in Geldnöthen gerieth, wurden rasch durch die Ausgabe der 1854er Lose und durch die Aufnahme des National-Anlehens — 600 Millionen! beschafft. In der Neujahrsnacht von 1854 auf 1855 erfolgte überdies der



Verkauf der „österreichischen Staatsbahn“ an den „Credit Mobilier“ um 80 Millionen Gulden. Die Welt wurde von dem Ereigniss umsomehr überrascht, als sich die Franzosen ganz übermässige Vortheile bei dem Geschäfte ausbedungen hatten. Die Vertreter des „Credit Mobilier“ gingen mit ausserordentlicher Schlauheit zu Werke, und es gelang ihnen, die überaus gutmüthigen österreichischen Finanzdiplomaten zu überlisten. Das anregende Beispiel dieser Erfolge führte zur Gründung der Kreditanstalt im Jahre 1856; die Fürsten *Schwarzenberg* und *Fürstenberg*, sowie Graf *Chotek* standen neben den Bankiers *Rothschild* und *Lämel* an der Spitze der Gründer. Als an einem kalten Oktobertage die Subskription auf die „Kreditaktien“ bei dem Welt-hause stattfand, da belagerte das Publikum das bekannte Palais in der Renngasse und Viele hatten sich schon die Nacht zuvor „angestellt“, um ja nur bei der Zeichnung anzukommen. Es war eben die Neuheit, die reizte.

Doch der Taumel währte nicht lange, denn schon ein Jahr darauf wurde gleich Frankreich und anderen Ländern auch Oesterreich von einer Börsen- und Handelskrisis heimgesucht. Finanzminister Freiherr *v. Bruck* liess, um die Baisse aufzuhalten, für 10 Millionen „Westbahn-Aktien“ und für 10 Millionen „Theissbahn-Aktien“ (beide Bahnen wurden damals erst gebaut) ankaufen, und als es trotzdem nicht besser wurde, erwarb die Kreditanstalt 8000 „Nordbahn-



Aktien“, bei welchen das Institut schliesslich eine Million einbüsste. Die Regierung liess sich damals sogar herbei, dem von der Krise hart bedrängten Hamburger Platze mit 10 Millionen Mark zu Hilfe zu kommen, respektive die Nationalbank zur Gewährung eines Darlehens in dieser Höhe zu ermächtigen. Nachdem sich der Hamburger Rath- und Bürger-Ausschuss zuerst an die preussische Regierung nach Berlin vergeblich gewendet hatte, erregte das grössere Entgegenkommen Oesterreichs besonderes Aufsehen. In Wien that man damals gerne das Gegentheil von dem, was man in Berlin wollte, aber neun Jahre später nahm die Rivalität der beiden grossen „Bundesmächte“ definitiv ein Ende.

Mittlerweile hatte die Krise in Oesterreich und Ungarn grosse Verheerungen angerichtet; es fehlte an Zirkulationsmitteln, der Staat absorbirte Alles und das Kreditwesen ruhte in den Händen der privilegierten Bankiers, welche ihren eigenen Bankkredit sehr hoch zu verwerthen verstanden haben. Ein Zinsfuss von 8 bis 9 Prozent war nichts Ungewöhnliches. Die Industrie und der Handel arbeiteten unter den ungünstigsten Verhältnissen. Ein Zug des Fatalismus beherrschte die österreichische Geschäftswelt; sie hielt Alles für natürlich und liess auch Alles ruhig über sich ergehen. Wie ehemals der Bauer der Herrschaft den Robott, so leistete der Kaufmann und der Fabrikant der Geldherrschaft noch immer Frohndienste. Ueber die Möglich-



keit einer Aenderung oder Besserung der Verhältnisse dachte Niemand nach, weil die Wenigsten zu denken gewohnt waren und weil die Meisten die naivsten Anschauungen über volkswirthschaftliche Dinge, über Geld- und Kreditwesen hatten. Das ging selbst bis in hohe Sphären hinauf. In einem Lande, wo sich ein Finanzminister „rühmen“ konnte, erst als er Finanzminister geworden, ein Buch über Finanzen gelesen zu haben, in einem solchen Lande konnte es auch vorkommen, dass ein gewesener Minister des Aeussern, Graf *Buol-Schauenstein*, als demselben nach einer abgeschlossenen privaten geschäftlichen Transaktion Kassenscheine der Escompte-Gesellschaft an Zahlung statt angeboten wurden, über dieses Zahlungsmittel ein höchst erstauntes Gesicht machte, da Se. Excellenz von dem Vorhandensein eines solchen Werthpapiers niemals etwas gehört hatte. Der illustre Staatsmann war allerdings voll Entzücken über die „schöne Erfindung“, nachdem sich der Zahler der Mühe unterzogen hatte, demselben die Bedeutung und den Nutzen der Kassenscheine auseinanderzusetzen. Aber ebenso wie die einzelnen Persönlichkeiten, wussten auch ganze Körperschaften in ökonomischen Dingen wenig Bescheid. Hier ein Beispiel für viele. Als die Stadterweiterung im Jahre 1858 in Angriff genommen wurde, da trat man an die Wiener Kommune mit dem Antrage heran, dieselbe möge die Demolirung der Wälle und die Parzellirung des gewonnenen Terrains für eigene

Rechnung vornehmen und dafür einen Kaufschilling von bloß zehn Millionen Gulden leisten. Aber die Väter der Stadt hielten ohne lange Prüfung das Geschäft für ein schlechtes und lehnten es ab. Allerdings war man in kommunalen Kreisen der Meinung, dass die Stadt, gestützt auf Dokumente aus der Regierungsepoche des Kaisers Josef, ein Anrecht auf die unentgeltliche Ueberlassung der gewonnenen Glacisgründe besitze; allein die Kommune hat dieses ihr angebliches Recht, wie man weiss, niemals ernstlich verfochten und keinen Prozess gegen den Staat, respektive gegen den „Stadterweiterungsfond“, angestrengt. Auf dem gewonnenen Terrain wurde eine Anzahl öffentlicher Gebäude aufgeführt und es resultirten aus demselben überdies gegen 650 Bauparzellen in einem Ausmasse von beiläufig 160,000 Quadratklafter. Für den Verkauf dieser Baustellen hat der „Stadterweiterungsfond“ allein an die vierzig Millionen Gulden eingenommen, welche, falls die Kommune das erwähnte Offert akzeptirt hätte, in die Kasse der Stadt geflossen wären. Ueberdies hätte man von der Kommune das für die aufgeführten öffentlichen Gebäude erforderliche Terrain kaufen müssen, was ihr wieder eine hübsche Anzahl von Millionen gebracht haben würde. Im Jahre 1858 konnte man freilich nicht voraussehen, welch' glänzendes Geschäft der „Stadterweiterungsfond“, Dank den kühnen Bauspekulationen der dazumal noch ungeborenen Baugesellschaften, einst machen werde; trotzdem war ein schöner Nutzen bei der



Operation sofort herauszurechnen, wenn man sich überhaupt nur der Mühe des Rechnens unterzogen hätte.

Die Regierungen des absolutistischen Oesterreich hatten weder Zeit, noch Beruf, sich mit der Bildung des Volkes und noch weniger mit dessen wirthschaftlicher Schulung zu befassen. Auf die Revolution folgte der „bewaffnete Friede“ vom Jahre 1854, der kostspieliger war, als ein wirklicher Krieg, dann das Jahr 1859 mit einem veritablen Kriege. Die österreichischen Finanzminister waren ausschliesslich damit beschäftigt, der Hydra, genannt Defizit, die Köpfe abzuschlagen, die immer nachwuchsen. Wie viele Staatsanlehen wurden nicht zum Zweck der Herstellung der Valuta erfolglos aufgenommen. Die grossen und massgebenden Wiener Bankiers hatten in jener Epoche allen Grund, zufrieden zu sein. Staatsanlehen auf Staatsanlehen wurden unter ihrer Mitwirkung kontrahirt. Für das Ausland besass die Finanzverwaltung stets einen eigenen Anlehenswerber. Auf Freiherrn *v. Czörnig*, welcher zuerst ins Ausland geschickt wurde, folgte Baron *Brentano*, wie später die Sectionschefs *v. Becke* und *Moser*. Dazu bot das ewige Schwanken des Silbercurses einzelnen Bankmännern, welche sich speziell dem in den Fachkreisen damals noch als Kunst betrachteten „Arbitrage-Geschäfte“ widmeten, die Chancen grossen Gewinnes, und mancher Bankbaron von heute verdankt der zerrütteten Valuta des Landes den Ursprung seiner Millionen. Im Jahre 1850 beispielsweise

stieg der Silberpreis vom Jänner bis November von 112 bis auf 150 und fiel nach der Olmützer Konferenz auf 133. Im Jahre 1854 sehen wir in Folge der politischen Ereignisse das Silber-Agio von 108 auf 134 hinaufschnellen und die Metalliques um 10 Percent sinken. Da war es für einen intelligenten und unterrichteten Bankmann nicht schwer, reich zu werden. Auch die bereits erwähnte Monopolisirung des Bankkredits in Oesterreich gestaltete sich für die Bankiers äusserst lukrativ, und sie hatten also nicht den mindesten Grund, eine Aenderung der Verhältnisse zu wünschen und anzustreben. Die grossen Bankiers waren damals die Schosskinder der Finanzverwaltung, und wie weit der Einfluss dieser haute finance reichte, beweist unter Anderem das bekannte Factum, dass einem einzelnen Bankhause zuliebe, welches in Zahlungsstockung gerathen war, eine ganz neue handelsgesetzliche Institution im Verordnungswege geschaffen wurde, das Ausgleichsverfahren. Das leitende Motiv dafür war, dass man diesem Bankhause, der Firma *Arnstein & Eskeles* Hilfe schuldig sei, weil es ein „Opfer seines Patriotismus“ geworden. Dieser „Patriotismus“ aber bestand in dem gläubigen Vertrauen auf irrige Informationen. Der Friedensoptimismus, welcher bis kurz vor dem Ausbruch des Krieges von 1859 selbst in den höchsten Regierungskreisen vorherrschte, hatte die von dort her „gut informirte“ Bankfirma zu einer ganz verkehrten Finanz-



operation verleitet, nämlich zu Hausse-Spekulationen in Papieren und zur Contreminirung der Valuta. Natürlich stieg die Valuta und die Papiere fielen. Der finanzielle Patriotismus war übel angekommen, aber er fand seine Anerkennung — durch das Ausgleichsverfahren. Freilich fand diese Zärtlichkeit auch ihre Kehrseite. Wenn der „Valutapatriotismus“ durch die Gewährung des Ausgleichsverfahrens belohnt wurde, so wurden andererseits für die Valutaverschlechterung die Bankiers verantwortlich gemacht. Es existirt noch aus diesen Zeiten der Kursregulirungen im polizeilichen Ordonnanzwege ein sehr drastisches Wort jenes wohlbekannten alten Bankiers, dessen Witzesreichthum seinem Millionenreichthum gleichkam. Als es einmal wieder mit der Valuta schief ging, wurde derselbe zum Minister *Bruck* zitirt, der sich ihm gegenüber bis zu Drohungen verstieg, wenn die Valuta nicht „patriotischer“ behandelt würde. Worauf der Bankier in seiner gewohnten Schlagfertigkeit replizirte: „Meinen Sie Excellenz, das schlechte Wetter hört auf, wenn Sie den Barometer zerbrechen?“


Als Freiherr *v. Bruck* den Anstoss zur Gründung der Kreditanstalt gab, da war es ihm wohl erst in zweiter Linie darum zu thun, eine wirkliche Anstalt für „Handel und Gewerbe“ zu schaffen; zunächst lag ihm daran, neben der im Interesse der Staatsfinanzen ununterbrochen ausgenützten Nationalbank ein zweites Institut ins Leben zu rufen, welches die finanziellen Zwecke des Staates gleichfalls fördern sollte. Kaum,

dass die Anstalt sich zu regen begonnen, wurden an dieselbe im Vereine mit *Rothschild* und dem Herzog von *Galliera* auch schon die „Lombardischen Bahnen“ um den Preis von 100 Millionen Francs verkauft. Zwei Jahre später, als sich der Finanzminister Baron *Bruck*, dessen Finanzsystem durch die Krise vom Jahre 1857 arg deroutirt wurde, genöthigt gesehen hatte, ein Eisenbahnprioritäts-Anlehen in Losform zu kontrahiren, sehen wir wieder die Kreditanstalt mit der Aufgabe der Emission der sogenannten „Kreditlose“ betraut, für welche die „Westbahn“, die „Theissbahn“, die „Süd-norddeutsche Verbindungsbahn“, die „Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft“ und endlich der „Oesterreichische Lloyd“ haften und welchen auch die kontrahirten 42 Millionen Gulden zugute gekommen sind. Staatsanlehen in Lotterieforn bildeten in jener Epoche wiederholt das letzte Auskunftsmittel; sie kamen an die Reihe, sobald der Schatzkanzler keinen anderen Ausweg, sich Geld zu verschaffen, wusste. Als Baron *Baumgartner* die Lose vom Jahre 1854 kreirte, da motivirte der Finanzminister die Form des Anlehens, wie der Abgeordnete, Hofrath *Beer* in seinem gediegenen Buche über „die Finanzen Oesterreichs im neunzehnten Jahrhundert“ berichtet, damit, „weil Lotterie-Anlehen nur in sehr beschränktem Massstabe auf dem Geldmarkte vorkommen, sehr beliebt seien und das Publikum nun einmal derlei Speculationsobjecte ungern ausgehen sieht“. Auf die 1854er Lose folgten jene vom Jahre 1860.



Doch fanden letztere Lose nur geringen Anwerth. Von der Gesamt-Emission von 200 Millionen wurde blos etwas mehr als der dritte Theil subskribirt und der unverkaufte Theil bei der Nationalbank verpfändet. Erst drei Jahre später kam der Nachfolger *Bruck's*, Herr *v. Plener*, dazu, den letzten Rest der 1860er Lose im Betrage von 40 Millionen zu begeben. Die Lose notirten unter Pari. Herr *v. Plener* war gut berathen, als er sich dazu entschloss, eine Offertverhandlung nach französischem Muster — es war dies die erste bei einer Staatsfinanzoperation in Oesterreich — einzuleiten. In Wien gab es damals nur einen möglichen Offerenten für eine so hohe Anlehenssumme, nämlich das Haus *Rothschild* im Vereine mit der Kreditanstalt, und die Finanzverwaltung hätte sich also von diesem den Preis diktiren lassen müssen, wenn nicht ein Zweiter von auswärts gekommen wäre. Und es fand sich auch in der That der zweite Bewerber. *Moritz v. Wodianer* war es nämlich, welcher Herrn *v. Plener* die Offertidee eingab und der ihm zugleich auch den zweiten Konkurrenten vermittelte. Dieser letztere war aber kein Anderer als *Pereire*, der ehemalige Bedienstete *Rothschild's* in Paris und dessen nunmehriger Rivale. Das unerwartete Erscheinen des Vertreters *Pereire's*, Herrn *Wertheim's*, zu der Offertverhandlung in Wien verfehlte auch nicht, grosses Aufsehen in den betheiligten Kreisen hervorzurufen, und nun erst begriff man den ungewöhnten Vorgang des Schatzkanzlers. Als der Repräsen-

tant *Percive's* sich auf der hiesigen Börse zeigte, da stockte momentan fast der Verkehr, weil Jedermann den Konkurrenten aus der Fremde mit eigenen Augen sehen wollte. Baron *Anselm Rothschild* liess aber mit sich nicht spassen: er offerirte, um ja sicher zu gehen, einen den Tageskurs der Lose um etliche Perzent überbietenden Preis und blieb auch Ersterer. Der Koup war vollkommen gelungen, er trug dem Staatsschatze ein paar Millionen und dem klugen und umsichtigen Berather des Finanzministers, Herrn *v. Wodianer*, die Baronie ein. Wenn alle seither an Finanzmänner ausgefertigten Adelsdiplome nur für gleiche Verdienste ertheilt worden wären, dann müsste Oesterreich heute einer der reichsten Staaten der Welt sein. Doch der Fall blieb selbst unter Herrn *v. Plener* vereinzelt, denn seine staatsfinanzielle Geschäftsführung war nicht immer vom Glücke so begünstigt, wie bei den 1860er Losen, und es geschah mehr als einmal während seiner Ministerschaft, dass die Staatskassen vollständig Ebbe zeigten. War er doch einmal genöthigt, an einem letzten Dezembertage, also 24 Stunden vor dem Verfallstermine, die Kreditanstalt um eine Summe Geldes, die ihm noch zur Einlösung des Jänner-Koupons fehlte, anzugehen!





### Vor der Milliardenwanderung.

Das österreichische Volk genießt den Ruf der Leichtlebigkeit und der Freigebigkeit. Wir wollen hier nicht untersuchen, inwiefern dieser Ruf heute noch begründet ist oder nicht, allein man geht ohne Frage zu weit, indem man derartige Charakter-Eigenthümlichkeiten sofort generalisirt. Gilt nicht auch die französische Nation für leichtlebig? Und dennoch wird kaum irgendwo ernster gearbeitet und gespart, als just in Frankreich, und dennoch ist der Begriff der Rente nirgends populärer, als eben in Frankreich. Wenn man uns Oesterreicher also ausnahmslos des Phäaken-thums zeicht, so dürfen wir allenfalls gegen das „ausnahmslos“ Einwendungen erheben, aber, die Hand aufs Herz, „Span d'ran“ — sagt ein altes Sprichwort. Es ist ja ganz richtig, dass wir weniger „genau“ als beispielsweise unsere deutschen Brüder sind, wir rechnen auch weniger, und uns gilt die Zehner-Note auch nicht so viel, als dem Deutschen sein Zwanzig-Markstück und selbst dem Franzosen sein Napoleond'or. Aber es

gibt dafür eine triftige Erklärung. Vor Allem liesse sich bemerken, dass an und für sich schon der „Guldenfuss“ eine sehr unpraktische, weil Alles vertheuernde und dadurch den Geldwerth überhaupt drückende Münzeinheit repräsentirt; wo wir zum Beispiel einen vollen Gulden zahlen, zahlt man in Berlin schwerlich die dem entsprechenden zwei Mark, und selbst in Paris kaum die nur annähernd gleichwerthigen zwei Francs. Dann aber, und das ist die Hauptsache, hat nach unserem bescheidenen Dafürhalten die traditionelle österreichische Papierwirthschaft und die häufige Entwerthung dieses Circulationsmittels gegenüber dem Metallgeld wesentlich dazu beigetragen, den Werthbegriff des Geldes, d. h. des landesüblichen Geldes, in unseren Augen herabzumindern. Die Volksstämme des entlegenen Orients, bei welchen der „Maria-Theresienthaler“ seit jeher grosse Popularität genießt, müssen von unserem Reichthum an Hartgeld einen gar hohen Begriff besitzen. Lassen wir ihnen ihren guten Glauben und belehren wir sie nicht darüber, dass man hiezulande seit 120 Jahren fast ununterbrochen kaum ein anderes Zahlungsmittel, als nur Papier, kennt. Zwischen der Ausgabe der ersten „Bankozettel“ im Betrage von 12 Millionen im Monate Juni 1762 und der Emission der „Staatsnoten“ in der Höhe von 300 Millionen im Monate Mai 1866 liegen gargewaltige Papiergeldmassen.

Wir haben auch in der Notenfabrikation bemerkenswerthe Fortschritte gemacht, aber das Papier-



geld erfährt mit seiner technischen Vervollkommnung in der Ausstattung leider nicht zugleich auch höhere Werthschätzung in den Augen der Bevölkerung. Die Staatsnoten des Sistirungsministeriums genossen sogar ein besonders schlechtes Renommée, denn man hat sich bereits daran gewöhnt, in ihnen den Hauptmotor der sieben Jahre später zum Ausbruch gelangten grossen Krise zu sehen. Es ist auch nicht zu leugnen, dass die Ausgabe der 300 Millionen Gulden Staatspapiergeld durch den Grafen *Larisch* den ersten Anstoss zu der Gründungskampagne in Oesterreich-Ungarn gegeben hat. Die plötzliche Vermehrung der Zirkulationsmittel um volle 300 Millionen erweckte in den Finanzkreisen sowohl, als auch in jenen des Handels und der Industrie sanguinische Hoffnungen und führte zu Spekulations-Extravaganzen; das war aber bloß deshalb der Fall, weil die Massregel ganz unerwartet und unvermittelt ins Werk gesetzt wurde. Dass sich die Nothwendigkeit einer Vermehrung der Umlaufsmittel in jener Zeit überhaupt ergab, steht ausser Zweifel, wenn auch mit Recht vorausgesetzt werden darf, dass eine parlamentarische Regierung, wenn sie sich auch dieser Nothwendigkeit gefügt hätte und dem bedrängten Geldmarkte zu Hilfe gekommen wäre, andere Dispositionen getroffen hätte.

Für die Industrie- und Handelswelt war der Zustand zu Anfang des Jahres 1866 ein geradezu unerträglicher geworden; es entstand eine enorme

Geldvertheuerung, der Zinssatz für erste Wechsel betrug 8 bis 9 Prozent, während „zweites Papier“ nicht unter 12 Prozent anzubringen war. Der Verkehr stockte fast auf allen Gebieten. Der Banknotenumlauf, welcher nach Ende 1864 375 Millionen betrug, sank schliesslich auf 337 Millionen. Für ein Land mit 35 Millionen Einwohnern, ohne ein ausgebildetes Bank- und Kreditwesen, und wo überdies der Giro- und Checkverkehr noch kaum dem Namen nach bekannt war, musste sich die Summe der Zirkulationsmittel sicherlich als höchst unzureichend erweisen. Da erfolgte plötzlich am 5. Mai 1866 die Emission der Staatsnoten und schon am Ende dieses Monats sehen wir die zirkulirende Geldmenge (Bank- und Staatsnoten) auf 384 Millionen steigen; mit Schluss 1866 betrug der Gesamtumlauf bereits 499 Millionen, somit nach kaum sieben Monaten eine Zunahme von fast 50 Prozent. Zwei Jahre darauf war die Zirkulation bei 574 Millionen Gulden angelangt und erreichte mit Ende 1871 den Betrag von 696 Millionen. Der Geldumlauf hatte sich binnen fünf Jahren mithin mehr als verdoppelt. Abgesehen von der Verletzung der Bankakte, musste man beklagen, dass, wie schon betont, die Vermehrung mit so grosser Rapidität und ohne jede Vorbereitung erfolgte, wodurch man aus einem Extrem ins andere verfiel. Als sich ein Jahr darauf ein reicher Ernteseegen einstellte und ein grosser Getreideexport 180 bis 200 Millionen fremdes Geld ins



Land brachte, da begann es in den Köpfen zu rumoren. Oesterreich wurde plötzlich für ein reiches Land gehalten, und einzelne, besonders unternehmende Leute fingen an, über die Schaffung neuer Unternehmungen nachzudenken. In Folge des auch im Jahre 1868 fortdauernden Exports hob sich der Eisenbahnverkehr beträchtlich, die Eisenindustrie fand lohnendere Beschäftigung als bisher, und die Arbeitskraft hatte an Werth gewonnen. Im Auslande verfolgte man die Besserung der Situation in Oesterreich mit Aufmerksamkeit, man gewann wieder Vertrauen in unsere Verhältnisse und das Silberagio fiel von 130 auf 110. Unter solchen Auspicien wurde die erste Gründungskampagne inaugurirt.

Ein merkwürdiges Zusammentreffen! Der Beginn der Gründungsepoche fiel in die Finanzministerschaft *Brestel's* und traf sohin mit der „Konvertirung“ der Staatsschuld, wie die Zinsenreduktion euphemistisch genannt worden ist, zusammen. Während der bis dahin so schwächliche Wiener Kurszettel an Umfang bedeutend zu gewinnen begann, lamentirte Dr. *Brestel* über die trostlose Situation der (es war unmittelbar zuvor die Dualisirung Oesterreich-Ungarns vollzogen worden) nunmehr bloß österreichischen Staatsfinanzen. Einigen Grund hatte er ja dazu, denn kurz zuvor hatte sein Vorgänger Freiherr v. *Becke* in Paris die famose Silberanleihe zu einem Zinsfusse von fast 10 Prozent kontrahirt. In den Parlamentsberichten

las man die Jeremiaden des Finanzministers und in der „Wiener Zeitung“ die neuen Konzessionen. Die Gründungen, deren erste Versuche bereits in das Jahr 1867 fielen, steigerten sich im folgenden Jahre und gelangten im Jahre 1869 zu ausserordentlicher Höhe. Mit Schluss dieses Jahres existirten bereits gegen drei Dutzend neu errichteter Banken und daneben allerlei Industrien und neue Eisenbahnen. Nachdem die im Jahre 1863 gegründete „Anglo-österreichische Bank“ und die ein Jahr später errichtete „Allgemeine österreichische Bodenkreditanstalt“ durch das Talent und das Geschick ihrer Leitungen mittlerweile zu besonderer Bedeutung gelangt waren, kamen nun von bemerkenswerthen Instituten die „Handelsbank“, die „Franko-österreichische Bank“, die „Wiener Bank“ und der „Wiener Bankverein“ dazu. Mit der Gründung der Frankobank wurde der Name des Grafen *Beust* in Verbindung gebracht, wie mit der Umwandlung der *Drasche'schen* Ziegeleien in ein Aktienunternehmen, und ebenso mit der Errichtung der „Innerberger Hauptgewerkschaft“. Herr *Heinrich Drasche* soll, so lautete damals das Gerücht, in die Umwandlung seiner Etablissements in eine Aktiengesellschaft nur gegen die Zusicherung der Baronie gewilligt haben, doch ist die Erhebung *Drasche's* in den Freiherrnstand trotzdem nicht erfolgt. Bei dem Verkaufe der Innerberger Hauptgewerkschaft war es wieder die Mitbewerbung zweier Bankiers aus Köln, welche zu solchem selbstverständlich niemals



authentifizierten Gerede Anlass bot. Man erinnert sich wohl noch der schmutzigen Pressprozesse jener Zeit, bei welchen der Name des Reichskanzlers genannt wurde, und bei denen auch ein seither verstorbener Wiener Zahnarzt eine Rolle spielte. Das war auch die Epoche des Staatsgüterverkaufs unter der Aegide des zu einem gewissen Renommée gelangten Sektionschefs *Gobbi*, sowie die der vom Minister des Auswärtigen poussirten und vom Finanzminister bekämpften Kotirung der „Türkenlose“ an der Wiener Börse.

Als die interessanteste Bankschöpfung des Jahres 1869 galt aber mit Recht die bereits erwähnte „Wiener Bank“, zu deren Hauptinteressenten der verstorbene König von Hannover gehörte. Der Zweck dieser Bank sollte neben der Katholisierung des Kapitals und Förderung „katholischer Interessen“ kein geringerer sein, als einen grossen Kriegsfond schaffen zu helfen, welcher dazu dienen sollte, Preussen, also Deutschland, zu bekriegen, damit die depossedirten Fürsten wieder eingesetzt werden könnten. Das Institut verfügte über weitreichende Konnexionen und der Kurs der Aktien hob sich rapid. Im Hochsommer 1869 notirte das mit 80 Gulden eingezahlte Bankpapier 270. Das reizte einige grosse Spekulanten und es entspann sich ein Kampf zwischen Hausse und Baisse. Da fasste die Verwaltung des Institutes den unglücklichen Entschluss, sich in diesen Kampf um den Kurs ihrer Aktien zu mengen, sie trat selbst als Käuferin auf,

um durch „Einsperrung“ der Stücke die Kontremine vollends zu unterjochen. Jetzt war kein Zurück mehr möglich, die Kontremine hielt Stand und die Bank gerieth in Geldnöthen, weil sie alle ihre disponiblen Mittel zum Kaufe der eigenen Aktien zu hohen Kursen verwendet hatte, ohne jedoch das vorhandene Material ganz aufgenommen zu haben. In ihrer Bedrängniss wandte sich die Verwaltung an den Hannover'schen Hof nach Hietzing und verlangte dort die Mittel, um den Krieg gegen die Baissepartei mit Erfolg zu Ende führen zu können. Doch der blinde König, welcher blos daran dachte, die deutsche Armee zu bekriegen, wollte von einem Kampfe mit den Truppen der Wiener Kontremine nichts wissen und refusirte das an ihn gestellte Ansinnen. Damit war auch das Schicksal der Wiener Bank besiegelt. Die Baissepartei triumphirte, denn die geplante Aufnahme aller vorhandenen Aktien der Wiener Bank konnte nun nicht weiter fortgesetzt werden. Zum Ueberflusse soll es hervorragenden Contremineuren damals gelungen sein — auf welchem Wege dies geschehen, ist niemals bekannt geworden — sich in den Besitz eines Theiles der von der Verwaltung eingesperrten Stücke zu setzen. Der Präsident, der kaiserliche Oberkuchenmeister Graf *Wratislaw*, quittirte die Schuld mit seinem Leben, aber seine Kollegen nahmen die Affaire weniger tragisch und erfreuen sich heute noch des besten Wohlseins.



Parallel mit den Bank- und anderen Gründungen liefen die Eisenbahnprojekte, deren es plötzlich in schwerer Menge gab. Mehrere grössere Banken hielten sich für berufen, den Bau von Eisenbahnen in den Bereich ihrer Wirksamkeit einzubeziehen. Jedes dieser Institute errichtete ein eigenes Bau-Bureau, an dessen Spitze selbstverständlich ein „genialer“ Chef-Ingenieur als „technischer Konsulent“ mit einem in der Regel exorbitant hohen Gehalt gestellt wurde. Der laienhaften Bankverwaltung gegenüber hatte der „Fachmann“ natürlich leichtes Spiel und besass vollkommen freie Hand. Es scheint fast unglaublich, mit welcher Naivetät und Leichtfertigkeit dazumal zu Werke gegangen wurde und wie man sich ohne jedwedes Bedenken in Eisenbahn-Unternehmungen stürzte, welche schliesslich zu grossen Verlusten und in manchen Fällen auch zu langwierigen Prozessen führten. Ein eklatantes Beispiel in dieser Richtung liefert *Stroussberg* in dem sein eigenes Wirken behandelnden Buch, welches er während seiner Haft in Moskau verfasste. Darin erzählt der Ex-„Eisenbahnkönig“ mit überlegenem Humor, wie er an der Tafel eines grossen Pester Hôtels gleichsam „entre fromage et poire“ den Vertretern eines Wiener Instituts den von ihm bereits begonnenen Bau einer ungarischen Eisenbahn aufhalste, bei welchem für die Bank schliesslich ein Verlust von mehr als 15 Millionen Gulden resultierte. „Als die Bank — schreibt *Stroussberg* u. A. — den Bau übernahm, machte ich

die Herren, die natürlich alle viel weiser waren als ich und viel mehr vom Bau verstanden, darauf aufmerksam, keine plötzlichen Veränderungen vorzunehmen, weil dieses bei einem so kolossalen Bau viele Millionen kosten könnte, und namentlich nichts in Regie auszuführen. Man hatte aber andere Ansichten. . . .“

In jener Epoche blühte auch der Handel mit Eisenbahn-Konzessionen, mit deren Ertheilung die Regierung allerdings nicht geizte. In den Jahren zwischen 1868 und 1871 wurden allein nahezu 600 Meilen neue Eisenbahnen gebaut, während das gesammte, vom Jahre 1836 bis 1868 ausgeführte Eisenbahnnetz in Oesterreich nicht mehr als 960 Meilen betragen hatte. Während also in den ersten zweiunddreissig Jahren seit Beginn der Bauperiode 30 Meilen jährlich vollendet wurden, baute man darauf durch drei Jahre 200 Meilen per Jahr. Dieser rapide Uebergang führte naturgemäss auch zu einer grossen Bewegung in allen mit dem Eisenbahnbau zusammenhängenden Industrien und Gewerben, wie zu einer Vertheuerung der Arbeitskräfte. Die Eisen-, Holz- und Ziegelindustrie gewannen eine früher ungeahnte Ausdehnung und Alles richtete sich auf den momentanen enormen Bedarf ein, als sollte derselbe permanent werden. Es wurde auch zur Gründung einer „Vizinalbahn-Gesellschaft“ geschritten, doch die Börsenkoullisse, welche sich keine klare Vorstellung von dem Zweck des Unternehmens machen konnte, verkehrte konsequent in „Vizinalbank-Aktien“. Neben den



Eisenbahnen trug auch die wachsende Bauthätigkeit in Wien zur Förderung und Ausdehnung des Baugewerbes mächtig bei. Die ersten Baugesellschaften traten in Aktion und führten auch sofort zur Vertheuerung von Grund und Boden, sowie zur Hinaufschraubung der Preise aller Bauartikel und der Arbeitslöhne.

Schon etwas früher fing man auch in Pest an, die Wiener Gründungsmethode mit Begeisterung zu imitiren. Zu den bis zum Jahre 1868 sukzessive kreirten Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 33 Millionen kamen innerhalb eines Zeitraumes von anderthalb Jahren weitere 43 Unternehmungen mit einem Nominalkapital von 102 Millionen Gulden hinzu. Beim Pester Wechselgerichte waren aber bis Ende September 1869 im Ganzen 91 Gesellschaften mit einem Kapital von 327 Millionen registriert. Im ersten Bande seines populären Werkes „Bankakte und Bankstreit in Oesterreich-Ungarn“ behandelt *Josef Neuwirth* die Gründungskampagne jenseits der Leitha in ausführlicher Weise. Dort heisst es u. A.: „In Ungarn entwickelte sich schon im Laufe des Jahres 1868 ein alle Schranken der Vernunft übersteigender, alle Gesetze der Volkswirtschaft verhöhrender Gründungsfanatismus der absonderlichsten Art. Als sollte auf dem Gebiete der Industrie, wie des Bank-, Versicherungs- und Kommunikationswesens mit einem gewaltigen Rucke Alles durch das eben erst selbstständig gewordene Ungarn eingeholt werden, was dort vordem verabsäumt worden

war, verging fast keine Woche, in der nicht eine Reihe neuer Actienunternehmungen ins Leben gerufen worden wäre, und die Gründungsphantasie warf sich gleich vom Beginn an selbst auf solche Gebiete, auf denen bis dahin das Assoziationswesen auf dem europäischen Kontinente kaum noch zur Verwendung gekommen war. Halbdutzendweise entstanden Dampfmühlen auf Aktien, Brennerien auf Aktien, Brauereien auf Aktien, Hôtels auf Aktien, und schon im Mai war man im Zemp-  
liner Komitate bei einer „Wein-Kreditbank“ und in Pest bei einer „Borsten-Vieh-, Marstall- und Vorschuss-Aktiengesellschaft“ angelangt.“

Wie schon erwähnt, erreichte die erste österreichische, im Jahre 1867 begonnene Gründungsperiode erst zwei Jahre darauf, im Hochsommer 1869, den Kulminationspunkt. Während in den beiden ersten Jahren zusammen nur 58 Konzessionen ertheilt wurden, brachte das Jahr 1869 deren nicht weniger als 141, worunter 28 Banken, 88 Industrie-Unternehmungen, 9 Baugesellschaften und 7 Eisenbahnen figurirten. Die Summe, welche diese Neuschöpfungen erforderten, betrugen im Jahre 1867 gegen 75 Millionen, 1868 zirka 85 Millionen und im Jahre 1869 rund 450 Millionen Gulden. Im August 1869 waren die höchsten Kurse zu verzeichnen; einzelne Papiere standen damals höher im Preise als selbst im Jahre 1872 und zu Beginn 1873. Die „Innerberger“ zählten zu den Favoritpapieren der Wiener Börse und die Speculation in denselben liess



kein Mittel unversucht, um den Kurs des Papiere zu poussiren. Eines Tages entstand das Gerücht, die Gewerkschaft habe auf ihrem Territorium eine „Goldader“ entdeckt, was bei der Börsenmenge natürlich grosses Aufsehen machte; indess der Kurs der Aktien stieg zwar, aber nicht in jenem Masse, als der wahrscheinliche Finder oder eigentlich Erfinder der „Goldader“ gewünscht hatte. „Was, Ihr zweifelt an dem Goldfund der Innerberger“, herrschte er die skeptischen Berufsgenossen an, „ich kauf' 1000 Innerberger mit...“ — und er bot einen den Tageswerth ansehnlich übersteigenden Kurs. Dieses Argument wirkte, denn das Effekt stieg eine Weile nach Wunsch, bis das Goldmärchen sich eben als Märchen erwies.

Die Aktien der „Wiener Bank“, welche in Folge der früher geschilderten Vorgänge bis auf 280 gestiegen waren, notirten Anfang September nach dem Misslingen der Operation wieder 82! Mittlerweile hatten auch die anderen Effecten wegen der plötzlichen Geldvertheuerung ansehnliche Kursverluste erlitten. Im Herbst pflegt in der Regel Geldknappheit einzutreten, da unter normalen Verhältnissen in dieser Jahreszeit die Ernte und das Waarengeschäft grosse Mittel in Anspruch nehmen. Im Herbste des Jahres 1869 machte sich aber der Geldmangel in besonders intensiver Weise geltend. Es erfolgten Depôt kündigungen, freiwillige Realisirungen und Exekutionen, welche zu einer regelrechten Börsenderoute führten. Die Spekulation raffte sich zwar bald

wieder auf, aber die Illusion des Publikums war gestört; es blickte zum ersten Male in den Abgrund. Die Situation wurde zwar künstlich noch weiter gehalten, man gründete fort und erwirkte auch im Jahre 1870 gegen hundert neue Konzessionen; aber seitdem die Geldnoth sich eingestellt hatte und seitdem die Nationalbank ihre Nothsignale ertönen liess und zu einer Einschränkung des Belehnungsmaximums im Lombardgeschäfte geschritten war, begannen unter dem Eindrucke beunruhigender politischer Nachrichten aus Paris bange Zweifel die Gemüther zu beherrschen, und damit wurde auch die damalige schleichende Krise eingeleitet, welche aber glücklicher Weise die Börse allein und ausschliesslich traf. Die Miniaturkrise vom Jahre 1869 blieb eine auf die Effektenspekulation isolirte; Handel und Industrie wurden von derselben kaum betroffen. Leider waren die Lehren und Erfahrungen aus der „kleinen“ Krise bald vergessen. Die französische Milliardenwanderung und die Wiener Weltausstellung erzeugten kurz darnach jene Wahnvorstellungen in den Köpfen der Menge, welche zu der kolossalen Ueberspekulation, zu dem beispiellosen Gründungstaumel im Jahre 1872 und schliesslich zum „schwarzen Freitag“ im Mai 1873 führten.

---



### **Vor der Katastrophe.**

Wenn man im Winter am Morgen daran geht, den Ofen frisch zu heizen und zu diesem Zwecke die angesammelte Asche auseinanderschütt, entdeckt man manchmal am Grund des Ofens noch die Gluth des vorhergehenden Abends, welche nun, der Aschenlast ledig, wieder intensiver zu glimmen anfängt. Etwas trockenes Holz hinzugelegt und es prasselt sofort wieder lustig im Ofen, viel lustiger noch, als am Abend zuvor. Auch geschäftliche Bewegungen können durch darüber sich deckende Hindernisse zeitweilig gehemmt und scheinbar erstickt werden, aber sie können ebenso wieder aufleben, sobald die Hindernisse beseitigt sind. Die Gründungsepoche vom Jahre 1869 wurde durch die Geldklemme, sowie durch die damaligen politischen Ereignisse unterbrochen, sie fand aber ihre Erneuerung als die Geldverhältnisse sich gebessert hatten und als der deutsch-französische Krieg seinen Abschluss gefunden hatte. Ein Luftzug genügte, die Gründungsgluth neu anzufachen und mit Hilfe etwas frischen

Feuerungsmaterials rasch zur hellen Flamme und zum grossen Brande anwachsen zu lassen. Schon im Spätherbste des Jahres 1871 wurde der Reigen der Neugründungen wieder eröffnet. Projektanten und Gründer erklärten ihre längeren und unfreiwilligen Ferien als beendet und traten neuerdings in Aktion. Vermeintlich ausgerüstet mit den in der Periode 1868—1869 gesammelten Erfahrungen und unterstützt durch die französische Milliardenwanderung, sowie durch die Hoffnungen, welche auf die nahende Wiener Weltausstellung gesetzt wurden, setzten sie nun jenen wüsten Gründungsrummel, jene kolossale Ueberspeculation ins Werk, welche fast volle anderthalb Jahre dauerte. Die Gründungsperiode zu Ende der 1860er Jahre, verglichen mit derjenigen vom Jahre 1872, war ein Kind neben einem Riesen, sie verhielt sich wie ein Zephyrsäuseln zu einem Orkane. Mit stürmender, allumschlingender Gewalt wurden sämtliche Gebiete des wirthschaftlichen Lebens in den Bereich der Gründung gezogen.

„Enrichissez-vous!“ lautete, wie dereinst in Frankreich, im Jahre 1872 in Oesterreich die Allerwelts-Parole. Es kam in der That die Zeit der allgemeinen Bereicherung, die Zeit des imaginären, des „Börsenbüchel-Reichthums“, und wer nicht ohne Bedenken entschlossen zugriff, der galt als Tropf, welchem das „Verständniss für seine Zeit“ mangelte. Die Börse erhielt Succurs aus allen Kreisen, die Börsenräume



im Bankgebäude erwiesen sich schon im Jahre 1871 als zu klein, und über Hals und Kopf wurde zum Bau der provisorischen Börse geschritten, welche schon im Frühjahr 1872 eröffnet werden konnte. Aus 1100 Besuchern im Jahre 1867 wurden 3400 im Jahre 1872. Industrielle, Kaufleute, Engrossisten und Detaillisten, Landwirthe, Schriftsteller, Künstler, Gelehrte, Advokaten und Mediziner, Militärs, Gewerbsleute, Geistliche, Hausmeister und Bediente, mit einem Worte, alle Berufszweige und Stände waren direkt oder indirekt an der Effecten-Hausse betheiligt und wollten ihren Part an den französischen Milliarden, die als Kriegsentschädigung an Deutschland gezahlt worden waren, haben; denn dass ein beträchtlicher Theil des französischen Goldes in Deutschland keine Unterkunft finden könne und der Wiener Börse zufließen müsse, das hielt man hier zu Lande für eine ausgemachte Sache. Wer wollte sich noch mit dem „bürgerlichen Gewinne“, den der Industriebetrieb, das Waarengeschäft und das Gewerbe gewähren, begnügen, wenn man arbeitslos und „über Nacht“ reich werden konnte? Es kam die Zeit, in welcher das Geld „auf der Strasse“ lag und man es nur aufzuheben brauchte, wobei man aber, nach dem Ausspruche eines witzigen Bankiers, beim Sichbücken leicht die eigene Brieftasche verlieren konnte.

Im gesellschaftlichen Leben begann ein massloser Luxus sich zu entwickeln, ein Luxus, wie er dem Parvenuthum stets eigen zu sein pflegt; es entstanden Theuerung,



Wohnungsnoth, kurz, Erscheinungen, wie sie grossen Krisen stets voranzugehen pflegten. Die Juweliers, die Mode-Etablissements, die Blumenmagazine, die Fiaker machten glänzende Geschäfte; die Theater florirten und die italienische Saison der *Patti* im Frühjahr 1872 und 1873 nahm russische und amerikanische Proportionen an. Dem Wiener Kunstmarkte waren im Börsensaale neue Mäcene entstanden; man hielt es für Chic, sich an Bilderkäufen zu betheiligen und hohe Preise zu bieten. Noch lebhaft ist uns eine Scene aus einer Auktion im Künstlerhause in Erinnerung, bei der ein „Kunstfreund“ mit dem berufsmässigen „Büchel“ in der Hand tapfer d'rauf los lizitirte, ohne sich auch nur um den Namen des Malers zu kümmern. Da kam eine Riesenleinwand von einem „unbekannten Meister“ an die Tour, welche unserem Kunstenthusiasten besonders gefiel und die er, getrieben von etlichen Strohmännern des schlaun Kunsthändlers, riesig hinaufsteigerte. Das war einem Nachbar des feurigen Lizitanten denn doch zu viel und er erlaubte sich eine bescheidene Bemerkung über den Werth des Bildes zu machen. „Was, Sie halten dieses Bild mit 6500 Gulden für zu theuer bezahlt? Wenn ich nur die Mittelfigur herausschneide, so ist sie auch das Geld werth.“ — „Ja wenn Sie das Bild parzelliren wollen, dann allerdings können Sie vielleicht auf die Kosten kommen“ — replizirte der Andere schlagfertig. Man erinnert sich wohl noch an das phantastische Schicksal des Sensationsbildes „Venus



Anadyomene“ von *Schlösser*, welches ein Kunstmäcen dieser Sorte um den Preis von 18.000 Gulden erwarb und nach Ausbruch der Krise in einem Irsinnsanfälle kreuz und quer zerschnitt. Und ebenso erinnert man sich wohl auch noch der berühmten „Bauernhochzeit“ von *Waldmüller*, für die ein Käufer „von der Börse“ 25.000 Gulden zahlte und welche während der Krise von Hand zu Hand ging, bis das prächtige Bild endlich um 8000 Gulden in die „festen Hände“ eines reichen Wiener Fabrikanten gelangte. Auch Bilder haben ihre Börsenschicksale.

Der Begriff des Vermögens und des Reichthums wurde total verschoben. Leute, die sich bis dahin für reich gehalten hatten, erfuhren plötzlich, dass sie, mit dem neuen Massstabe gemessen, sich kaum wohlhabend nennen durften, und die Wohlhabenden von ehemals, dass sie in die Kategorie der „kleinen Leute“ zurückgedrängt waren. Der Mittelstand, gestellt zwischen den Reichthum und den Arbeiterstand, welcher dazumal äusserst lohnende Beschäftigung fand, sah sich plötzlich deteriorirt. Die neue Generation der Börsenmillionäre ward geboren, der „Büchel-Millionäre“, wie die Wiener sie nannten, der Millionenbesitzer „en crayon“, wie der Franzose sie zu benennen pflegt. Diese neue Konkurrenz verdross die alte, die erbgesessene Finanzaristokratie gar sehr und sie sträubte sich, die Standesgleichheit mit den Millionären „von gestern“ anzuerkennen. Deshalb sollten sie sich durch ein

Menschenalter abgemüht haben, um im Herbst ihres Lebens dem ersten besten von der Börsen-Fortuna begünstigten Spieler gleichgestellt zu werden! „Jeder Lump, der ein paar Millionen gewinnt, hält sich schon für einen Millionär“ — klagte ein humoristisch angehauchtes Mitglied der Wiener haute finance und tröstete sich selbst und seine Freunde mit der Hoffnung: „Diese Leute werden noch Alles zurückgeben, ausser was sie „mir“ jetzt zu viel ausgeben.“ Das hinderte aber einige sogenannte Finanzgrößen, einige Bankbarone durchaus nicht, sich selbst unter die Gründer zu mischen und frisch d'rauf loszugründen, ebenso wenig wie es ein Theil der Geburtsaristokratie verschmähte, von der Bewegung zu profitieren. Der „Jockey-Klub“ wurde eine Börsenkundschaft, auf welche man zu rechnen sich bereits gewöhnt hatte, und dessen Kaufordres waren jedenfalls gross genug, um bei der Berechnung der täglichen Börseumsätze ins Gewicht zu fallen. Auch der Klerus wollte auf seinen „Gründerantheil“ nicht verzichten, und es ist ein offenes Geheimniss, dass einzelne geistliche Stifte sich gleichfalls an Gründungsgeschäften betheiligt haben. In einem humoristischen Roman, welcher während der Gründungs epoche spielt, wird erzählt, dass ein findiger Galopin der Wiener Börse, der seinen gottesfürchtigen Klienten die Kurse täglich und stündlich ins geistliche Haus zu bringen hatte, sich kleine Kurszettel anfertigen liess, welche den frommen Herren ausnehmend ge-



fielen; sie lauteten folgendermassen: „Gelobt sei . . .“ Kreditaktien 328, Anglobank 430, Wiener Maklerbank 253, Wiener Baugesellschaft etc. etc.“ Was in jenem Roman als Scherz erzählt wird, soll aber That- sache gewesen sein, wenigstens versichern vertrauens- würdige Personen, ähnliche Kurslisten mit eigenen Augen gesehen zu haben.

Jener Theil der Wiener Hochfinanz und Gross- industrie aber, welcher sich von dem Treiben der Gründer fernhielt, verschmähte es gleichwohl nicht, die Bewegung indirekt durch eine schwunghaft be- triebene Effecten-Belehnung zu fördern. Die solide Finanz- und Industriewelt liess sich durch die hohen im „Kostgeschäfte“ bewilligten Zinssätze, dieselben variirten zwischen 15 und 40 Prozent(!), ködern. Alle nur irgendwo vorhandenen Mittel strömten der Börse zu und wurden der Industrie und dem Handel ent- zogen. Man glaubte beim „Kostwucher“ nichts zu riskiren, wenn die Belehnung der Effecten nur nicht zum Tageskurse, sondern etwas tiefer erfolgte. Selbst einzelne grosse Bahnverwaltungen konnten der Ver- lockung nicht widerstehen und strebten die „höchste Fruktifizirung“ ihrer disponiblen Baarmittel im Kost- geschäfte an. Schliesslich kamen zwei grosse Eisen- bahn-Gesellschaften thatsächlich „zum Handkuss“ ebenso wie jene Bankiers und Industriellen, welche auch nur „gute Zinsen“ machen wollten. Daran, dass „Werthpapiere“, wie Maklerbank-Aktien eines Tages

auf Null fallen könnten, daran dachte eben Niemand. Die „Maklerbanken“, diese unselige Berliner Erfindung, haben wesentlich dazu beigetragen, der Wiener Gründungs-Epoche vom Jahre 1872 den Stempel des Schwindels aufzudrücken. Weit entfernt, das zu sein, was ihr Name besagen wollte, warfen sie sich auf das Spiel pur et simple und dehnten ihre Operationen ins Ungemessene aus. Sie besorgten die „Einführung“ der neuen Effekten und systemisirten diesen Theil des Gründungsgeschäftes förmlich. War eine Gesellschaft konzessionirt, so schritt man rasch zur Konstituierung und Einführung mit einem mehr oder minder hohen Agio, bei welchem die Maklerbanken gleichsam die Rolle der „Agents provocateurs“ übernahmen. „Einführen“ war gleichbedeutend mit „Begeben“, denn der Einführung folgte fast immer die Meldung von der Auflösung des Syndikats. Wer die Käufer der neuen Aktien waren, darum kümmerte sich Niemand; in der Regel wurden sie stets von denselben Leuten „genommen“, welche weder die Mittel besaßen, noch auch den Willen und die Absicht hatten, ihre Papiere für eigenes Geld zu kaufen. Um den sogenannten Käufern das Geschäft zu erleichtern, war es in der Regel die Emissionsbank oder die betreffende Maklerbank selbst, welche die Unterbringung der Effekten besorgte. Der Zinsfuß, zu dem die Lombardirung erfolgte, stieg immer höher und gerade mit der Gründung der ersten Maklerbanken begann die Periode des „Kostwuchers“.



welche ohne Analogie in der Geschichte der Wiener Börse dasteht.

Die Nähe der Weltausstellung und die trügerischen Hoffnungen, welche auf dieselbe gesetzt wurden, haben auf keinem Unternehmungsgebiete eine stärkere Influenz geübt und eine grössere Ueberproduction gezeitigt, als auf dem der Bauunternehmungen. Die Gründung von Baugesellschaften wurde dermassen forcirt, dass die Gründer schliesslich in Titelnöthen geriethen. Im Jahre 1872 wurden nicht weniger als 17 neue Baugesellschaften kreirt, zu welchen noch mit Beginn des Krisenjahres weitere 15 hinzukamen. Die Baugesellschaften operirten aber nicht blos mit ihrem eigenen Aktienkapitale, welches zusammen gegen 260 Millionen betrug, sondern auch mit fremden Geldern in ähnlicher Höhe, so dass im Momente der Katastrophe in Bauspekulationen eine halbe Milliarde Gulden und darüber verrannt war, und als diese enorme Summe erreicht wurde, da waren gerade noch gegen fünf Dutzend neue Konzessionen für Baugesellschaften ertheilt, welche der Käufer und Spekulant harrten. In der höchsten Blüthe dieses Taumels behandelte das „Neue Wiener Tagblatt“ in einem „Die nothleidenden Baustellen“ überschriebenen Artikel die Ueberspekulation in Baugründen, in welchem konstatirt wurde, dass im Rayon von Wien gegen zwanzigtausend Baustellen zum Zwecke der Verbauung von den Baugesellschaften angekauft worden waren. Jener Artikel schloss folgender-

massen: „Unterziehen wir diese Ziffer einem Kreuzverhöre. Frage: Wie kann das in diesen Baustellen festgelegte Kapital fruktifiziert werden? Antwort: Nur dadurch, dass auf ihnen Häuser aufgeführt werden. Wie viel Häuser zählt heute Wien? An die elftausend. Müssen also noch einmal so viel Häuser gebaut werden, als jetzt vorhanden sind. Wie viel Einwohner bedingt das? Da jetzt Wien an siebenmalhunderttausend Seelen zählt, so müssten mindestens zwei Millionen Bewohner vorhanden sein, um alle die neuen Häuser mitsamt den alten zu füllen. Und welches Kapital würde der Bau dieser zwanzigtausend Häuser erfordern? Vierstöckige und dreistöckige, grosse und kleinere im Durchschnitt zu den heutigen Bauverhältnissen, den Bau inclusive des Grundstückes mit fünfzigtausend Gulden gerechnet, ist wohl nicht zu viel, macht also tausend Millionen Gulden, das heisst soviel, als die Hälfte der französischen Kriegsentschädigung.“ Im Zusammenhange mit dem Bauschwindel standen auch die zahlreichen Gründungen von Hypothekarinstituten und am Ende des Jahres 1872 existirten bereits 27 „Hypothekarbanken“ mit einer Pfandbriefemission von 303 Millionen Gulden.

Nicht ohne Interesse bleibt es, rückschauend noch das Verhalten der Regierung im Jahre 1872 zu beobachten. Der Fiskus hatte, wie man weiss, aus den Gründungen grosse materielle Vortheile gezogen, so dass dadurch die Staatsbilanz eine wesentliche Ver-



besserung erfuhr. Es genügt, auf die Budgetpost „Taxen und Gebühren von Rechtsgeschäften“ hinzuweisen, welche pro 1870 14.<sub>9</sub> Millionen Gulden betrug und die im Jahre 1872 die Summe von 39.<sub>6</sub> Millionen und im Jahre 1873 gar von 41.<sub>4</sub> Millionen Gulden erreichte. Trotzdem wollte die Regierung die Bewegung eindämmen, denn schon im März 1872 liess sie jenes famose „Regulativ“ erscheinen, welches bestimmte, dass Neu-Emissionen nicht vor Vollzahlung der früher emittirten Aktien stattfinden dürfen. Die Absicht war gewiss löblich, allein die Massregel führte zu einem Schacher mit jenen zahlreichen, vor Erlassung des Regulativ ertheilten Konzessionen und zu den Kartellen. In seinem trefflichen Buche „Die Spekulationskrise vom Jahre 1873“ schreibt *Neuwirth* in Betreff der Banken-Kartelle: „Fein und schlau drehten die Emissionsbanken der Regierung eine Nase, als dieselbe durch Verweigerung fortgesetzter Konzessionsertheilung für neue Banken den Gründern ein Stop zugerufen hatte; sie gingen hin und kauften eine alte, abgelegene Konzession für etliche hunderttausend Gulden, welche die wackeren Konzessionäre unter sich theilten, und daraus wuchs mittels eines kleinen Handstreiches, den man „Konstituierung der Gesellschaft“ nannte, eine neue Bank hervor; mit der so geschaffenen jungen Bank schlossen sie nun, der „Vermehrung der Kapitalkraft“ willen, ein Kartell...“ „Car tel est notre plaisir“, sagte der souveräne Börsenwitz, weiland *Ludwig den*



*Vierzehnten* parodirend. Die Regierung sah nun keinen anderen Ausweg, als den Kartellaktien die Kotirung an der Wiener Börse zu verweigern. Die charakteristischste und burleskeste Anekdote in dieser Phase der Konzessionshascherei um jeden Preis und auf jedem Wege und Schleichwege, eine wahre Anekdote *nota bene*, ist wohl die, dass ein besonders findiger Gründungskopf auf die glorreiche Idee kam, der *Patti* ein Vermittlungshonorar von 100.000 Gulden anzubieten, wenn sie ihm durch ihre Intervention beim Grafen *Andrassy* eine Bankkonzession „alter Façon“ verschaffen wolle.

Natürlich erzeugte das Verbot der Regierung Unzufriedenheit und Verstimmung und es traten zeitweilig Stockungen ein, um so mehr, als sich die Reportschwierigkeiten häuften, ungeachtet der „Wechselreitereien“ zum Zwecke der Geldbeschaffung auf ausserordentlichen Wegen. Trotzdem rafften sich die Gründer wieder auf, so dass der Börsenverkehr im Spätherbst ungeheuerliche Dimensionen annahm. An manchen Tagen wurden 100,000 „Schlüsse“ und darüber effektuirt. So belief sich beispielsweise die Zahl der Schlüsse im Arrangement vom 6. November (die Schlüsse in effektiv bezogenen Schrankenwerthen nicht mitgerechnet) auf 90.408, entsprechend einer Summe von mehr als 2 Millionen Stück Aktien und einem Nominalwerthe von 452 Millionen Gulden. Dabei stand der effektive Bezug zum Gesamtumsatze im Verhältniss von 1 : 13, ein sicheres Merkzeichen für die Mass-




losigkeit des reinen Differenzspieles. Eine gräuliche Verwirrung im Arrangement war die Folge der übermässigen Spekulation, und als gegen Mitte Dezember sich zu der Arrangementsmisère auch noch eine Geldnoth einstellte, da schien es wirklich schon damals, als sollte die Gründerherrlichkeit ein Ende mit Schrecken nehmen. Es folgte die Aera der „falschen Hände“; wer seine Effekten nicht versorgen konnte oder wollte, gab einfach eine „falsche Hand“ auf und entledigte sich durch dieses simple Auskunftsmittel seiner Verpflichtungen. Davon Gebrauch zu machen, verschmähten selbst einzelne „Häuser“ nicht, und eines Morgens fand der Chef einer grossen Bankfirma am Thore seines neuen Palais ein Plakat mit folgendem Reim: „Dieses Haus ruht in Satans Hand — Zur „falschen“ wird es benannt.“ Trotz der Bedrängnisse versiegte, wie man sieht, der Humor der Börse nicht. Ein Spaziergang in den Auen des Praters richtete ja die etwa gedrückten Gemüther sofort wieder auf. Ein Blick auf die Rotunde, der Gedanke an die nahende Weltausstellung — und die Gemüther waren wieder hoffnungsfroh. „Die Krise wird ja doch nicht während der Ausstellung kommen,“ dachte Jedermann im Stillen, und glaubte darum noch immer Zeit zur Lösung seiner grossen Engagements zu besitzen. Man stellte die bekannten hochgetriebenen Berechnungen an über den voraussichtlichen Fremdenverkehr und über die vielen Millionen, welche die Fremden nach Wien und Oester-

reich bringen „mussten“, und hielt die von *Hasenauer* erbaute „Rotunde“ für die „feste Burg“, der man vertrauen dürfe. Und dann waren ja noch die deutschen Milliarden da, auf deren Wanderung nach Wien man freilich noch immer vergebens wartete. Merkwürdigerweise hat die französische „Milliardenwanderung“ in Oesterreich grössere Hoffnungen erweckt, als selbst in Deutschland, wo man, wie *Max Wirth* in seiner „Geschichte der Handelskrisen“ hervorhebt, erst angeeifert durch das in Wien gegebene Beispiel, nach dem Friedensschlusse „das Versäumte nachzuholen“ suchte.

Das Resultat der Börsenbewegung vom Jahre 1872 zeigt, dass gegen 260 neue Unternehmungen im Betrage von etwas mehr als 1100 Millionen geschaffen worden sind und dass der Wiener Kurszettel, der noch kaum fünf Jahre früher 140 Positionen zählte, auf 434 Posten angeschwollen war. Mit dem Aufschwunge der Börse kontrastirte allerdings die trostlose Physiognomie, welche gleichzeitig Handel und Industrie gewährten, gar grell, trotzdem einzelne Industriezweige, wie der Montanbetrieb, die Ziegelherzeugung, scheinbar noch in vollem Flor standen. Die Handelsbilanz für das Jahr 1872 schloss mit dem enormen Deficite von 210 Millionen, so viel betrug nämlich die Mehreinfuhr gegenüber der Ausfuhr, während noch das Jahr 1869 eine Mehrausfuhr von 26 Millionen nachweisen konnte. Doch wer hatte zu Beginn des Jahres 1873, des Ausstellungsjahres,



Zeit und Lust, sich mit derartigen trüben Berechnungen zu befassen! Höher, immer höher wurde der Agiobau aufgethürmt und am 31. März, am Tage der höchsten Kurse, repräsentirten sämtliche im Wiener Kurszettel notirten Papiere einen Werth von mehr als  $7\frac{1}{2}$  Milliarden Gulden! In aller Eile wurden vom neuen Jahre bis zum 9. Mai, dem Tage der ökonomischen Sündfluth, noch 135 Gesellschaften mit einem Kapitale von 467 Millionen ins Leben gerufen; allein gegen Ende April zeigte der kühne Bau bereits bedenkliche Risse. Der Agioschwund beginnt und die Reaktion macht rapide Fortschritte. Freiwillige und unfreiwillige Exekutionen, Insolvenzen, Stockungen im Kostgeschäfte in Folge Misstrauens der Kostnehmer bilden nunmehr die Tagesordnung. Man effektuirt Käufe nur mehr gegen Baargeld. Die Krise stand bereits vor der Thür der Börse und begehrte drohend Einlass; sie respektirte die eröffnete Weltausstellung nicht im mindesten und kümmerte sich ebensowenig um die Angstrufe der bedrängten Maklerbanken. Bis zum 8. Mai 1873 waren seit Monatsanfang vom Agiogebäude schon gegen 250 Millionen demolirt und man zählte in den letzten drei Tagen bereits 150 Insolvenzen. Doch erst am folgenden Tage, am „schwarzen Freitag“, sollte der furchtbare Zusammenbruch erfolgen. ....



### Der „schwarze Freitag“.

Wen das Geschick Zeuge aussergewöhnlicher Ereignisse werden lässt, dessen Gedächtniss behält das Geschaute wohl fürs Leben. Und so ist's, als sähen wir es heute noch, mit der lebendigen Gewalt der Gegenwart und des Augenblicks, vor uns, das Schreckensbild vom 9. Mai 1873. Die Börse steht unter der Herrschaft des Entsetzens. Das zu den Wolken emporgeführte Spekulationsgebäude ist ins jähe Wanken gerathen, es knarrt in seinen Fugen, es neigt zum Sturze, es bricht zusammen. Der „grosse Krach“ der Wiener Börse hat seinen Einzug gehalten. Alle Bande der Ordnung sind gelöst, Jedermann ist nur auf die eigene Rettung bedacht. *Sauve qui peut!* Aber es ist zu spät und wer sich nicht schon früher seiner Last von Papieren entledigt hat, für den ist am „schwarzen Freitag“ kein Entrinnen mehr möglich. Die Eröffnung der Börse erfolgt zwar wie an anderen Tagen, aber es will sich keinerlei Verkehr entwickeln. Auf den bleichen Gesichtern der Menge malt sich der



Schrecken deutlich, welcher die Menschen erfasst hat. Es bilden sich Gruppen, welche leidenschaftliche Diskussionen führen, Flüche und Verwünschungen gegen die vermeintlichen Urheber des Unglücks werden laut. Das Gros drängt gegen den „Schrannen“ und nimmt einzelnen Gründermatadoren und Vertretern von Gründungsbanken gegenüber eine drohende Haltung ein. Die Zahl der bekanntgewordenen Insolvenzen ist Legion, es verbreiten sich Gerüchte von Selbstmorden. Das steigert die Wuth der Masse. Der Sohn eines „ersten“ Gründer-Bankiers wird umringt und insultirt. Man hört Rufe nach der Polizei. Es herrscht ein heilloser Tumult. Man drängt und wird selbst gedrängt, gedrückt und gestossen, und der wirre Menschenknäuel löst sich erst auf, nachdem es den Insultirten gelungen ist, den Saal zu verlassen. Ein bekannter Agent besteigt eine improvisirte Tribüne und schlägt ein einwöchentliches Moratorium vor; ein anderer Redner proponirt die Entsendung einer Deputation an die grossen Banken; ein dritter endlich die Abordnung einer solchen an die Regierung; Alle sind indess darin einig, dass der Verkehr sistirt bleibe und dass Niemand seine Verpflichtungen erfülle.

Während der wüsten Vorgänge im Börsensaal hält die Börsenkammer selbst über die zu ergreifenden Mittel eine Berathung ab. Man sitzt lange und beräth auch lange, um zu dem Schlusse zu kommen, dass man ohne Zustimmung der Banken eigentlich nichts

beschliessen könne. Im Saal wird die Rathlosigkeit des Kammerrathes bekannt und darüber entstehen neue Tumulte, die versammelten Haufen geberden sich immer leidenschaftlicher, ihre Wuthausbrüche wenden sich nunmehr gegen die Hilflosigkeit der Kammer. Zwei Börsenbeamte und ein Sensal bringen den versammelten Kammerräthen die erste Kunde von der „Revolution“ im Börsensaal. Ein Börsenrath entfernt sich unter dem Vorwande dringender Geschäfte rasch durch einen Hintergang . . . ein zweiter folgt . . . Die „muthvoll“ Zurückgebliebenen jedoch berathen nun, ob den Tumulten nicht durch polizeiliche Intervention zu begegnen wäre. Doch rath der anwesende Regierungskommissär dringend davon ab, und in der That leert sich der Börsensaal, wenn auch langsam, denn es ist Mittagszeit der Börse und der Magen verzichtet auch am „schwarzen Freitag“ nicht auf seine gewohnte Funktion. Nach Schluss der Börse erscheint pro forma ein sogenannter „Kurszettel“, welcher indess nur etliche wirkliche Komptantkurse enthält, während alle anderen Effecten statt der Kursnotiz die ominösen zwei Querstriche aufweisen.

Es wird Abend und die Berathungen im Sitzungssaal der Börsenkammer finden unter Theilnahme von Vertretern der Banken, der grossen Bankfirmen, der Koulisse und der beeideten Börsensensale ihre Fortsetzung. Man verhandelt bis Mitternacht und die Zahl der Vorschläge kennt keine Grenze. Der Vertreter



einer der ältesten Wiener Banken schlägt für die Effekten der bereits falliten oder bis zum nächsten Tag insolvent werdenden Papierbesitzer „Kompensationskurse“ vor, d. h. Kurse, zu welchen die betreffenden Effekten ohne deren börsenmässigen Verkauf dem „Kostgeber“ verbleiben sollen. Von anderer Seite wird die Aufbringung grosser Geldmittel zum Zwecke der Beilehnung von Effecten „zweiten Ranges“ proponirt, doch sollen die aufgebrachten Summen „à fond perdu“ behandelt werden. Der Leiter der bedeutendsten „Maklerbank“ des Platzes stellt aber viel weitergehende Forderungen, wie, dass durch vierzehn Tage weder Kündigungen vorgenommen, noch Zuschüsse verlangt werden, dass ein Fond von 30 Millionen Gulden zu dem Zwecke aufgebracht werde, damit zum jeweiligen Liquidationskurse während eines Monats ohne Kündigung lombardirt werde, u. s. w. Ein Koulissier ruft aber der Versammlung zu: „Schaffen Sie einen Liquidationskurs für die Effekten, die wir im Büchel haben, denn sonst ist alles insolvent“ — und als der anwesende Repräsentant des „ersten“ Instituts diese Forderung perhorresziert, erwidert jener Vertreter der Koullisse: „Wenn man darauf besteht, dass jeder Käufer auf Differenz wirklich übernimmt, so ist fast die gesamte Koullisse zahlungsunfähig. Sie, meine Herren, sind lauter Generale, aber wir von der Koullisse sind die gemeinen Truppen; wenn Sie wollen, dass wir weiter fechten, müssen Sie uns die Last unserer Differenzen, die „Bücheln“



abnehmen . . .“ Ueber Antrag des Vorsitzenden wird sofort eine Liste von Zeichnungen für den „Aushilfsfond“ von den Anwesenden entworfen, und die Subskription der in der Versammlung vertretenen grösseren Banken und Bankiers ergibt den Betrag von zirka 13 Millionen Gulden. Der Regierungsvertreter erklärt, dass der Finanzminister den Ereignissen an der Börse die grösste Aufmerksamkeit zuwende und „das Mögliche“ zu thun gedenke, um dem bedrängten Markt Hilfe zu schaffen. Was die „Nationalbank“ betrifft, so erklärt der Vorsitzende, der gleichzeitig Vizegouverneur des Zettelinstituts ist, dass man an die Bank, deren Reserven auf 18 Millionen Gulden zusammengeschmolzen seien, keine allzu hohen Forderungen stellen dürfe. Das „Neue Wiener Tagblatt“ hatte aber bereits auf die Nothwendigkeit einer raschen „Suspension der Bankakte“ hingewiesen, was bekanntlich schon wenige Tage darauf thatsächlich erfolgte. Es war bereits Mitternacht, als die müde Versammlung die Nothwendigkeit anerkannte, „dass morgen wieder eine Börse stattfinde“, und als man zur Wahl eines Komités zur Feststellung der Kompensationskurse, welches auch sofort an die Arbeit ging, sowie zur Bestimmung eines anderen Komités schritt, dem die Verwaltung des Aushilfsfonds anvertraut wurde. So schloss der „schwarze Freitag“.

Die Hoffnungen, welche auf die Wirksamkeit des Hilfskomités gesetzt worden waren, gingen nicht in Erfüllung. Die Börse, insoferne von der Existenz einer



solchen überhaupt noch die Rede sein konnte, befand sich vollständig unter dem lähmenden Banne der Angst, sie fühlte, wie sich der Boden unter ihren Füßen senkte. Die tumultuarischen Szenen wiederholten sich. Der Chef eines geachteten Bankhauses wird gezwungen, den Börsesaal zu verlassen, weil er der Menge denunziert wird, gewaltsam Exekutionsverkäufe angestrebt und speziell „Makleraktien“ wesentlich „unter dem Kurs“ angeboten zu haben. Die fälligen Zahlungen werden wiederholt sistirt. Es vergehen bange Tage. Berathungen folgen auf Berathungen und Vorschläge auf Vorschläge. Man entsendet Deputationen zum Finanzminister. Herr *de Pretis* veranstaltet selbst eine grosse Konferenz, in welcher bereits Befürchtungen in Betreff der möglichen Rückwirkungen der Börsenkatastrophe auf Handel und Industrie zum Ausdruck gelangen. Der Ministerrath beschliesst die Suspension der Bankakte, zu der die ungarische Regierung telegraphisch ihre Zustimmung gibt. Am 14. Mai publizirt das Amtsblatt die Verordnung über die Suspension des §. 14 der Bankakte\*), an der Börse

---

\*) Ueber die Suspension der Bankakte schreibt Neuwirth in seinem wiederholt zitierten Werk u. A. Folgendes: „Am 9. Mai war es, als dieser Ruf (der Ruf nach Staatshilfe) vorerst in der Form einer Forderung nach Suspension der Bankakte zum erstenmale laut wurde. Eines der weitverbreitetsten Journale, das „Neue Wiener Tagblatt“, war es, welches zuerst davon sprach, und diese Anregung fiel auf empfänglichen Boden. Schon am 12. Mai — das Chaos an der Börse hatte sich inzwischen weiter potenzirt . . . — konnte das nämliche Blatt den Verzagenden und Verzweifelnden die frohe Botschaft bringen, dass die Hilfe nahe sei etc.“

indessen hat die Verwirrung nicht aufgehört. Nur „per komptant“ werden etliche Schlüsse gemacht. Aber nicht nur die Agioblütthe ist welk geworden, auch der Stamm zeigt sich hie und da schon angefault. Die Angst vor dem Zahltag beherrscht alle Kreise. Und der Zahltag kommt. Im Börsensaal wird ein Selbstmord bekannt. Es ist Mittag und die Insolvenz-Erklärungen nehmen ihren Anfang. Von einem Verkehr kann keine Rede sein. Die Glocke beginnt zu läuten, es ist das „Ausläuten“ der Insolventen. Nach kaum einer halben Stunde beträgt die Zahl der „Ausgebliebenen“ 126, darunter zwei Banken. Unter den Insolventen befinden sich auch akkreditirte Agenten und alte, renommirte Koulissiers, und Vielen wird nachgesagt, dass sie auf Kosten ihrer Ehre ihr Geld retteten. Die Katastrophe scheint ihren Kulminationspunkt erreicht zu haben. Die Todtenglocke der „Mai-Gefallenen“ läutet fort. Ein bis dahin angesehener Koulissier wird ausgeläutet. Währenddem springt er herbei, ein Paquet Banknoten in der Hand. „Da bin ich; wie kann man mich ausläuten?“ Aber rasch sich besinnend und noch ehe der Glocke Halt geboten wird, überlegt er sich die Sachlage, und mit den Worten: „Wenn schon geläutet ist, dann lassen wir's dabei!“ steckt er das Paquet Noten ruhig in die Tasche und geht davon. Die Anderen aber lassen mit wahren Galgenhumor ein Hohngelächter erschallen . . . .

Die Glocke will indess nicht stumm werden, jeder Tag bringt neue Insolvenzen. Am 19. tritt scheinbar



ein Umschwung ein, es kommt einige Bewegung in das Börsengeschäft, die Kauflust regt sich wieder, es ist der falsche Appetit der Magenkranken. Der Erfinder der „höchsten Fruktifizierung“ wird verhaftet. Der Markt gestaltet sich darauf trostloser als vordem. Der Kursabbröckelungsprocess macht erschreckende Fortschritte. Nach Verlauf von etlichen Tagen zeigt sich abermals ein Sonnenblick. Die grossen Banken nehmen das Kostgeschäft wieder auf, man proponirt die Bildung eines „Garantie-Syndikats“. Am 28. zeigen sich jedoch alle bisher angewendeten Mittel vollständig wirkungslos, die Reaction setzt ihre Verheerungen fort. Entsetzliche Kurse kommen zum Vorschein. Man kann bereits die mit hundert Gulden eingezahlten Aktien einer Bank um fünfzig Kreuzer kaufen! . . . Es wird die Zahlungseinstellung mehrerer Provinzinstitute gemeldet, und aus Brünn treffen besonders beunruhigende Nachrichten ein. Dem Wiener Platze droht neues Unheil. Nach vergeblichen Rettungsversuchen und nach erfolglosen Bemühungen, sich zu erhalten, erfolgt am 9. Juni der Sturz der „Wiener Wechslerbank“, des bedeutendsten der bis dahin zahlungsunfähig gewordenen Institute, und erzeugt ein paar Tage darauf eine neue furchtbare Panik an der Börse. (Es ist, nebenbei bemerkt, constatirt worden, dass die Insolvenz der Wechslerbank vermöge ihrer bedeutenden Verbindungen zu dem Breslauer Platz den Anstoss zur Krise in Deutschland gegeben hat.) Man versucht wieder die

Bildung eines Aushilfskomités mit einem Garantiefond zum Zwecke des Ankaufes von Effekten; für diesen Fond werden  $5\frac{1}{2}$  Millionen subskribirt, aber das Chaos wächst trotzdem. Zeitweilig treten Momente scheinbarer Besserung ein, allein der Rückfall ist dann um so stärker. Es fallen weitere Banken, Agenten bleiben für ihre Kommittenten aus, die nicht zahlen können und manchesmal auch nicht zahlen wollen, denn die Leute haben angefangen, an das Nichtzahlen sich zu gewöhnen, die Moral hat bereits aufgehört, auf der Tagesordnung zu stehen. Ende Juni betrugen die Kursverluste der im Wiener Kurs notirten Papiere bereits mehr als 800 Millionen! Nichtsdestoweniger hofft man noch immer, dass die Rückwirkungen der Börsenkrise auf Handel und Industrie ausbleiben würden. Im Rundschreiben des Finanzministers vom 26. Juni an die Landeschefs in Betreff der Organisirung der Hilfskomités findet sich der folgende in dieser Richtung bezeichnende Passus: „Glücklicherweise sind Handel und Gewerbe im Allgemeinen bisher von der Krisis nicht unmittelbar berührt, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, ist auch für die Zukunft ernste Gefahr nicht zu besorgen . . . .“ Die Zeichen waren leider trügerisch, denn die Rückwirkungen haben sich ebenso gut in wirthschaftlicher Richtung eingestellt, wie in sozialer und politischer.

Zunächst traten die Konsequenzen in sozialer Beziehung in einem intensiven Hass und Abscheu gegen



die Kapitalswelt, sowie gegen Alles, was damit zusammenhängt, zu Tage. Alle jene Leute, deren Metier nicht das Börsenspiel war und welche trotzdem gespielt und Verluste erlitten hatten — und wer hat vor der Krise nicht gespielt? — alle jene Leute hielten sich für die „Verführten“ und die „Betrogenen“. Es kam nun die Zeit der falschen Puritaner und Catone, die, in den Mantel der Tugend gehüllt, ihre eigenen Börsesünden verleugnend, mit Fingern auf die „Anderen“ deuteten, welche gespielt hatten; das ging ziemlich hoch hinauf, so dass selbst ein Minister — es war Minister *Lasser* — in einer denkwürdigen Nachtsitzung des Abgeordnetenhauses auf diese erwähnte Sorte von Biedermännern hinzuweisen für nothwendig erachtete. Die Börse und ihr Publikum wurden in Acht und Bann gelegt, als ob die Börsenleute, von einigen wenigen Ausnahmen abgerechnet, die Zeche nicht zuerst bezahlt hätten. Die armen Börseaner! Mit ihrem Wohlleben und Luxus war es nun für lange Zeit vorbei; mit dem imaginären, ging auch der reelle Besitz verloren, insoweit ein solcher von vordem vorhanden war. Die Epoche der Entbehrung und Noth war da. Die Kostbarkeiten aus dem goldenen Hausse-Zeitalter werden nun versetzt oder verkauft, damit Frau und Kinder Brod essen können. Eine Menge grosse Wohnungen werden plötzlich disponibel. Viele früher gemietheten Villen in der Umgebung Wiens werden nicht bezogen. Gegen zweihundert „Unnum-

merirte“ werden dem „freien Verkehre“ zurückgegeben. Wein- und Zigarren-Agenten nehmen von ihren früheren Börsenkunden an Zahlungsstatt ihre eigenen Lieferungen zurück, natürlich nur insoweit der „vorhandene Vorrath“ reicht! auch mancher Schmuck wandert wieder in den Juwelierladen retour. Mit den werthlosen Aktien, die man dem Verkäufer aber nicht zurückgeben kann, wird man sich allenfalls irgend einen abseits gelegenen Raum in der Wohnung, als Erinnerung an die Krise, tapezieren lassen.

Die kleinen Wiener Geschäftsleute fangen bereits an, über Mangel an Kunden Klage zu führen; Gast- und Kaffeehäuser machen trotz der Weltausstellung nur geringe Losungen. Kurz, man hat allen Grund, sich des Börsenjammers zu freuen und giftige Witze und Spässe über die Börse zu machen. Den Börsenring passirt ein Waggon und gleichzeitig marschirt eine Musikbande an dem Schicksalshause vorbei. Da ruft mit grimmigem Hohnesausdrucke einer der Fahrenden: „Ja, spielt nur „An der schönen blauen Donau“ — Einer liegt schon drinnen!“ . . . Ein Gast wirft dem Zahlkellner ein 20-Kreuzerstück zu: „Da haben's ein Trinkgeld, kaufen's Ihnen ein Viertel Baubank-aktie dafür“ . . . Ein bekannter Wiener Geschäftsmann gibt einem sparsamen Käufer den Rath: „Warum gehen Sie nicht lieber auf die Börs', dort kriegen Sie jetzt Alles viel billiger, so billig, wie Sie nur selber wollen“ . . . Ein Aussteller ist mit dem langsamen



Arrangement auf der Weltausstellung unzufrieden und macht seinem Aerger durch ein böses Witzwort über die Börse Luft: „Die Börse ist fertig, aber die Ausstellung nicht“ . . . Und so geht es fort. Die Giftgeschosse Aller sind nur nach dem Schottenring gerichtet. Die beneideten jungen Börsenmillionäre und Millionärkandidaten von gestern möchten sich am liebsten eine Tarnkappe aufsetzen, um unsichtbar zu werden; ihre schönen Wohnungen, ihr reiches Mobiliar, ihre Bilder, ihre „Freundinnen“, Alles, woran sie früher Sinn und Herz erquickt, ist ihnen nun zur Last, was soll die Pracht und der Luxus bei leeren Taschen? Mancher von ihnen wollte jetzt gerne mit einem Beamten der vierzehnten Diätenklasse, der doch „sein Sicheres“ hat, tauschen. Man macht ihnen die frühere Verschwendung zum Vorwurf. Ja, du lieber Gott! haben es Andere anders gemacht? Und hat nicht selbst der Staat sein Ausgaben-Budget nach den grossen Einnahmen der Gründungsjahre eingerichtet? Der Staat hat im Jahre 1870 267 Millionen netto vereinnahmt und im Jahre 1872 291 Millionen, hat er aber darum im letzten Jahre einen Ueberschuss von 24 Millionen ausgewiesen? Mit nichten!

Die „Kleinen“, die sollten das Bad ausgiessen, weil sie so verblendet waren und das nahende Verderben nicht gesehen hatten. Und die „Grossen“, haben diese etwa mehr Voraussicht gezeigt? War nicht unter der Patronanz einer Anzahl von „ersten“ Bankiers

und Industriellen des Wiener Platzes kaum ein paar Monate vor Ausbruch der Krise ein Bankinstitut ins Leben gerufen worden, welches der „Kreditanstalt“ Konkurrenz machen sollte? Unter den Gründern befanden sich zwei Direktoren der Nationalbank, die nicht ohne Eklat auf ihre Stellungen in der Bank resignirten. Es handelte sich ja um ein sehr ernstes Bankunternehmen und um ein dem entsprechendes Agio, denn dasselbe betrug 100, sage hundert Gulden für die mit 200 Gulden eingezahlte Aktie. Lag darin vielleicht Voraussicht? Wohl eine ebenso grosse, als in dem Gebaren eines anderen „grossen“ Bankmannes, welcher mit einem theils erbten und theils selbstverdienten Vermögen von vielen Millionen sich derart in Spekulationen stürzte, dass er nach Ausbruch der Krise sein eben in der Ausschmückung befindliches neues Ringstrassen-Palais nicht mehr zu beziehen in der Lage war; ja, noch mehr, der Bankier konnte eine nicht sehr hohe Summe, welche er etliche Jahre früher einer wohlthätigen Stiftung gewidmet hatte, nicht mehr aufbringen . . . Auch die bedeutenden Verluste im Kostgeschäfte, welche erste Bank- und Industriefirmen und selbst zwei grosse Eisenbahngesellschaften erlitten haben, sprechen dafür, dass der Sanguinismus nicht bloss gewisse, sondern alle Kreise beherrschte.

Wenn wir an die enormen Kostverluste denken, taucht die Physiognomie eines kaum zwanzigjährigen bartlosen Jünglings vor uns auf, welcher nach Quittirung



seines bescheidenen Postens in einem Manufaktur-geschäfte am „Franz Josefs-Quai“ sich im Jahre 1872 der Börse zuwendete, um sich dort mit Vehemenz auf die Spekulation in „Maklerbank-Aktien“ zu stürzen. Das Bürschchen mit dem zierlichen Monocle im Auge qualifizierte sich rasch für sein neues Metier, und obgleich dasselbe fast ohne Kapital zur Börse kam, wurde selbiges wenige Tage nach Ausbruch der Krise der Schuldner eines bekannten Bankmillionärs mit der Kleinigkeit von beiläufig drei Viertel Million aus Differenzen im Kostgeschäfte. Noch sehen wir die tieftraurige und melancholische Miene des bartlosen Spekulanten mit dem Monocle. — Das „Trauerspiel des Kindes“ . . .

Und die Geschichte des neuen Wiener Börsenbaues, dokumentirt diese selbst etwa eine besonders grosse Voraussicht? Als es sich darum handelte, das Bauprojekt auszuführen, da wollte die Börsenkammer „am Quai“ an der Stelle des Metropole-Hôtels ein Gebäude mit einem Kostenaufwande von nicht mehr als zwei Millionen Gulden herstellen lassen, doch wurde ihr von „massgebender Stelle“ und zwar in recht eindringlicher Weise „nur keine Schmutzerei!“ zugerufen und ihr nahe gelegt, „einen der Stadt Wien zur Zierde gereichenden Monumentalbau“ aufzuführen. Die Börsenkammer fügte sich schweren Herzens und verausgabte statt zwei, volle fünf Millionen für den Börsenbau, und als die Krise hereinbrach und als die

Revenuen der Kammer sich bald stark reduzirten, sah sie sich plötzlich vor der Gefahr, das „Börsebau-Anlehen“ nicht verzinsen zu können. Zum Glücke stand und steht an der Spitze der Wiener Börsekammer eine Persönlichkeit, welche, wie man zu sagen pflegt, „Haare auf den Zähnen“ hat. Die Körperschaft forderte als einzigen Ausweg die Bewilligung zur Einhebung einer „Côtesteuer“ von der Finanzverwaltung; der Finanzminister und seine Rätthe, die indess das Recht der Steuereinhebung, in welcher Form immer, als ausschliessliches Hoheitsrecht des Staates betrachteten, wollten jedoch dem Ansinnen der Börsekammer nicht willfahren. Da machte der populäre und energische Kammerpräsident nicht viel Federlesens und erklärte dem Minister rund und nett, dass die Kammer, falls man ihr die Einhebung einer Côtesteuer definitiv verweigere, sich insolvent erklären, die Motive bekannt geben und der Oeffentlichkeit erzählen werde, dass man sie gegen ihren Willen „von oben“ gezwungen habe, einen für die Wiener Verhältnisse allzu kostspieligen Börsenbau auszuführen. Das half, denn bald darauf wurde das Gesetz über die Côtesteuer dem Parlamente vorgelegt . . .

Der Ruf nach Staatshilfe wurde bekanntlich sofort nach Ausbruch der Börsenkatastrophe vernommen und Diejenigen, welche diesem Begehren des Staates das Wort redeten, gingen von der Ansicht aus, dass der Staat, welcher so grosse materielle Vortheile aus der



vorangegangenen Aufschwungsperiode gezogen hatte, nun auch, nachdem sich das Blatt gewendet, verpflichtet sei, den Bedrängten Hilfe zu gewähren. Trotzdem aber sträubte sich die Regierung gegen den Gedanken der Staatshilfe, und das erwähnte Zitat aus dem ministeriellen Rundschreiben beweist, dass Herr *de Pretis* sich noch im Hochsommer im Ernste der Hoffnung hingegeben hatte, die Börsenkrise werde eine lokalisierte bleiben. Noch eine geraume Weile später spendete der Schatzkanzler den Bedrängten den zum geflügelten Worte gewordenen Trost: „Es wird schon besser werden“ und wies den Ruf nach Staatshilfe mit dem ebenfalls bekannten Ausspruch zurück: „Dass das Geld der Steuerträger nicht dazu da sei, um damit die Verluste Einzelner zu decken“. Als damals in einem für die Börse höchst kritischen Momente im Bureau des Finanzministers eine neuerliche Konferenz stattfand, bei der eine Anzahl von Bankiers und auch zwei Vertreter der Nationalbank anwesend waren, da suchte sich Herr *de Pretis*, noch ehe die Versammelten an dem „grünen Tisch“ Platz genommen hatten, über die Intentionen jedes Einzelnen der Anwesenden privatim zu informiren. Als nun der Minister bei diesen „Special-Informationen in der Fensternische“ die Wahrnehmung machte, dass eine der massgebendsten Persönlichkeiten, welche in der Wiener haute finance sowohl als auch in der Nationalbank und ebenso in der Börsenkammer sozusagen „die erste Violine“ spielt, gleichfalls zu

Denjenigen gehörte, welche das, wenn auch vorsichtige Eingreifen des Staates forderten, war er darüber sehr betroffen, und zur Konferenz schreitend, fasste er den in Rede stehenden illustren Finanzmann am Arm und richtete an denselben die sehr bezeichnenden Worte: „Sie, Herr Baron, setzen sich zu mir, denn Sie muss ich halten, damit Sie mir nicht auskommen . . . .“ Der Finanzminister wollte natürlich um jeden Preis verhindern, dass jene Persönlichkeit, deren Ansicht und Urtheil massgebend waren, die Forderung der Staatshilfe direkt an ihn stelle. Herr *de Pretis* überwachte seinen Nachbar auch den ganzen Abend, und als dieser einmal sich zum Worte melden wollte, da hielt der Minister den „gefährlichen“ Finanzier fast gewaltsam zurück. . . . Allein, was nützte alles Sträuben — es kam ja dennoch zur lange perhorreszirten Staatshilfe. Der „Sommer unseres Missvergnügens“ ging zu Ende, und als es noch immer nicht besser werden wollte, als es vielmehr nach erfolgter Publikation der trostlosen Semestralbilanzen immer schlechter wurde, da erfuhr man plötzlich, dass die Regierung ihren bisherigen Widerstand gegen das Prinzip der Staatshilfe aufgegeben habe. Mit einemmal trat die Idee der Errichtung der „Staatsvorschusskassen“ in den Vordergrund der Diskussion.

Wohl nur zufällig mag es sich gefügt haben, dass die authentische Meldung von der nahenden Staatshilfe mit der nothwendig gewordenen Sanirung eines



„ersten“ Bankinstitutes des Wiener Platzes zusammenfiel; denn es handelte sich um die Rettung der „Oesterreichischen Bodenkreditanstalt“. Es war in den ersten Oktobertagen, als über Berlin her die Meldung von einer ernstlichen Gefahr für das Tochterinstitut der erwähnten Anstalt, den „Wiener Bankverein“, einlief, und trotz des energischen Dementis verloren Bankvereinsaktien, welche im März 1872 430 für 80 Gulden Einzahlung notirt hatten, am 5. Oktober 1873 aber nur mehr auf 108 standen, selbst von diesem Kurse an eben dem Tage noch weitere 40 Gulden. Die Bedrohung dieser vordem so renommirten Bank bildete das Signal für neue „Einbrüche“ und bot den „Hyänen der Börse“ den Anlass, ihr rentables Handwerk mit Energie fortzusetzen. Der Konnex zwischen dem eclatanten Niedergange des Tochterinstitutes und der geforderten Hilfe für die Mutteranstalt lag nun klar zu Tage. Es handelte sich da um die Rettung eines grossen Hypothekar-Instituts, um die Rettung des österreichischen Pfandbriefkredits also, zudem um eine Bank, mit welcher der Staat im Jahre 1865 das grosse Domänen-Anlehen im Betrage von 60 Millionen Gulden kontrahirt hatte. Die „Domänen-Pfandbriefe“ waren auch als „österreichisches Staatspapier“ an der Pariser Börse kotirt. Zum Ueberflusse stellte es sich heraus, dass die Hypothezirung dieser Pfandbriefe nicht regelrecht durchgeführt war und dass blos die Hauptobligation des Anlehens, nicht aber auch jeder einzelne Domänen-

Pfandbrief als entsprechend intabuliert angesehen werden konnte. Durch einen Ruin des Institutes wäre also jeder einzelne Pfandbrief-Inhaber mitbedroht gewesen. Wohl gab es auch, abgesehen von der hochstehenden Klientel des Instituts, noch andere schwerwiegende, in heikelste Gebiete hineingreifende Motive, welche es den massgebenden Kreisen räthlich erscheinen liessen, sich für die Erhaltung der Bodenkreditanstalt einzusetzen, allein dieselben entziehen sich auch heute, nach zehn Jahren noch, der öffentlichen Diskussion. Für die Regierung speziell ergaben sich aber bei der Sache, so gut auch ihr Wille war, grosse Schwierigkeiten, da es doch wohl nicht anging, der gefährdeten Anstalt einen Betrag von 25 Millionen Gulden, auf diese Summe war nämlich die nothwendige Hilfe präliminirt, so ohne weiters aus den Staatskassen zur Disposition zu stellen. Bei dem grossen Interesse jedoch, welches die Angelegenheit, nicht blos für den Wiener Platz und für das Inland allein hatte, blieb der Regierung nichts übrig, als sich der Mithilfe der hervorragenden Finanzmächte des Platzes bei der Sanirungs-Operation zu versichern. Im Palais des Ministeriums des Inneren, im Bureau des Ministers *Lasser*, fanden die entscheidenden Konferenzen statt, in welchen der Plan des Rettungswerkes festgesetzt wurde. Die finanzielle „Rettungsgruppe“ bestand aus den Häusern *Rothschild* und *Wodianer*, aus der „Kreditanstalt“ und der „Niederösterreichischen Escompte-



Gesellschaft“. Die Theilnehmer dieser, hierbei sicherlich nicht auf Gewinn arbeitenden Gruppe verpflichteten sich, der Bodenkreditanstalt die sukzessive erforderlichen Summen im Wege der Akzeption bei der Nationalbank zu beschaffen. Der Bank gegenüber figurirte zwar der Staat als Garant, allein die Staatskasse hatte für eventuelle Verluste wieder ihre volle Rückdeckung. In einem solchen Falle wären nämlich die Verwaltungsräthe der Bodenkreditanstalt mit ihrem eigenen Vermögen zunächst aufgekommen und wenn dies nicht ausgereicht haben würde, den Schaden ganz zu decken, dann hätte die Finanzgruppe für das weitere eintreten müssen. Den Staat konnten mithin keinerlei Verluste treffen und dennoch sträubte sich der damals übel berathene Finanzminister gegen die Hilfeleistung und nur dem Einflusse und der Energie *Lasser's* und, wie man zu jener Zeit behauptete, der Intervention der ungarischen Minister, welche die nachtheiligen Folgen einer Katastrophe bei der Bodenkreditanstalt auf den ungarischen Hypothekarkredit im Voraus berechneten, gelang es, das grosse und wichtige Institut zu halten und zu erhalten. Als gegen Mitte des Monats Oktober die Kunde von der glücklich vollzogenen Rettung der österreichischen Bodenkreditanstalt in die Oeffentlichkeit drang, athmete alle Welt erleichtert auf, denn damit war zweifellos eine neue und grosse Gefahr von dem Wiener Platze abgewendet und — durfte man den damals in intimsten



Kreisen zirkulirenden Gerüchten glauben — so war damit auch eine persönliche Katastrophe abgewehrt, welche an jene des unglücklichen Präsidenten der Wiener Bank, des Grafen *Wratislaw*, im Jahre 1869 gemahnt hätte . . . . . Der von der Regierung neuernannte Gouverneur der Bodenkredit-Anstalt, Sectionschef *Moser*, machte sich mit eiserner Energie ans Werk — er „kehrt mit eisernen Besen“ wurde von ihm gesagt — und der Erfolg der unausgesetzten Anstrengungen, das Institut wieder flott zu machen, blieb auch nicht aus. Schon nach Ablauf von wenigen Jahren konnte die Anstalt die empfangenen Vorschüsse im Betrage von 17 Millionen Gulden mit Zinsen wieder zurückzahlen, und Niemand kam zu Schaden, bis auf die Aktionäre, welche durch fünf Jahre keine Dividende bezogen; aber die französischen Aktionäre haben ihre Aktien trotzdem behalten, bis wieder bessere Tage für die Anstalt gekommen sind. Und sie sind gekommen, für das Mutterinstitut sowohl, als auch für die Tochteranstalt. Der Bankverein mit seinen 25 Millionen zählt jetzt zu den kapitalskräftigsten und akkreditirtesten Instituten Oesterreichs und die Bodenkreditanstalt hat wieder ihre alte dominirende Position erobert.

Am 11. November 1873 brachte Herr *de Pretis* das Vorschusskassen-Gesetz ein und musste damals bereits konstatiren, dass die schwere Krisis „unmöglich auf den Kreis der Börse beschränkt bleiben konnte“. Sollen wir an den Kampf, der im Parlamente um den



„Effektenbelehungs-Paragraphe“ geführt wurde, und an die bessere Einsicht des Herrenhauses erinnern? Leider hat sich damals auch ein Theil der Volksvertretung nicht von den gegen den Effektenmarkt eingewurzelten Vorurtheilen zu befreien vermocht, und wer wollte leugnen, dass die wirthschaftliche Sterilität unter dem Ministerium *Auersperg* nach der Katastrophe vom Jahre 1873 mit dazu beigetragen hat, die Dauer der Krise zu verlängern und vielleicht auch die Stellung der Regierung zu schwächen! Hat nicht die feudal-klerikale Partei sofort nach Ausbruch der grossen Verheerung wieder kühn ihr Haupt erhoben? Wie die verkörperte Revanche pflanzte sie sich vor die rauchenden Trümmer der niederbrennenden Börse und frohlockte über das Unglück Oesterreichs und Wiens. Sofort verkündete ihr Organ auch schon, dass, „nachdem die Börse sozusagen als das Fundament der zentralistischen Pyramide zu betrachten war, sich daraus ergibt, dass dieses ganze System fallen muss. Die massgebenden Kreise müssen endlich einsehen, dass ein System, welches zu solchen Resultaten führt, ein verfehltes ist. . . .“ Und wenn Minister *Lasser* in jener denkwürdigen Nachtsitzung des Abgeordnetenhauses freimüthig erklärte: „Wir haben alle gesündigt,“ so erwiderten die feudalen Herren mit gewohnter Ungeniertheit: „Nein, Ihr allein habt gesündigt, wir sind rein und fühlen uns nicht mitschuldig.“ Nun sind wir ja weit davon entfernt, die alte und schlechtbewährte



Konzessionspraxis in Schutz zu nehmen, denn entweder hätte man das ganze Konzessionswesen über Bord werfen sollen und damit auch die sogenannte Staatsaufsicht, die keine war und ist, beseitigen, oder man hätte das Gegentheil thun müssen und rechtzeitig drakonisch vorgehen sollen. Das kann man gelten lassen, allein der Hochadel hatte gewiss kein Recht, hier die Miene des Unschuldigen anzunehmen, denn seine Theilnahme am Gründerthum, wie an der ganzen Haussebewegung war ja offenkundig. Oder war etwa das waghalsige Börsenspiel in den grossen „Klubs“ eine böswillige Erfindung? Die adeligen Präsidenten waren ja förmlich obligat geworden, und fast keine neue Gesellschaft wollte auf diesen Aufputz verzichten, obschon die Herren ja selbst genau wussten, dass sie nur die Firma herlieden, unter der man die Menge anlockte.

Zuerst fing man bei den Eisenbahn-Konzessionen an, denn da ergab sich neben der Gewinnstchance in manchen Fällen auch die Möglichkeit, den Werth der eigenen Besitzungen durch Schienenwege zu erhöhen. Das Eisenbahngründungsfieber wurde, wie *Max Wirth* in seiner „Geschichte der Handelskrisen“ hervorhebt, in jenen Kreisen so intensiv, dass beinahe der gesammte Adel ganzer Provinzen mit Sack und Pack „unter die Gründer“ ging und dabei mehr als einmal die Wahrheit von *Lasker's* Worten bewies: „Wenn die Dilettanten eingreifen, machen sie es in der Regel noch schlimmer, als berufsmässige Gründer.“ Der Zusammenhang zwischen



den Bahnen und Banken bestand ja ohnehin, und von den Banken zur Börse, deren Geheimnisse die erlauchten Herren auch ergründen wollten, war ja nur ein Schritt. Vor uns liegt die Liste der Verwaltungsräthe aus der Reihe des historischen Adels, welche mit jener, die der Abgeordnete und Statistiker *Hausner*, der *Hausner* von einst, im Parlamente zum Besten gegeben hat, eine auffallende Aehnlichkeit besitzt. In den Verwaltungen der seit 1866 gebauten Eisenbahnen sassen im Jahre 1873: 13 Fürsten, 1 Landgraf, 64 Grafen, 29 Barone und 41 andere Adelige. In Konsequenz dieser Wechselwirkung haben sich auch auf den verwaltungsräthlichen Stühlen der seit dem Jahre 1864 in Wien gegründeten Banken 1 Herzog, 24 Grafen, 12 Freiherren und 4 andere Adelige niedergelassen. Gleichzeitig traten den Verwaltungen von Industriegesellschaften 1 Fürst, 16 Grafen, 6 Freiherren und 2 andere Adelige bei. Das Gesamtkontingent der hocharistokratischen Verwaltungsräthe in Wien (die adelige Massenbetheiligung an der grossen Menge der Provinzgründungen erscheint hier gar nicht berücksichtigt) belief sich also auf: 1 Herzog, 14 Fürsten, 105 Grafen, 37 Freiherren und Barone und 47 andere Adelige. Bei so starker Betheiligung an dem Associationswesen im Allgemeinen und an dem modernen Gründertum im Besonderen war es für den Geburtsadel denn doch ein gewagter Versuch, der liberalen Partei die volle und alleinige Verantwortung für den Herein-



bruch der Krise zuzumuthen. Zur Illustration der erheuchelten Entrüstung des Feudaladels über das liberale Finanzsystem gestatten wir uns ein paar Ziffern, welche speciell den Bahnbau in Oesterreich betreffen, hieherzusetzen. Während die Ministerien *Belcredi*, *Potocki* und *Hohenwart* zusammen Eisenbahnkonzessionen mit einer Staatsgarantie von 10 Millionen Gulden ertheilt haben, betrugen die von den verfassungsfreundlichen Regierungen *Schmerling* und *Carlos Auersperg-Hasner* gewährten Staatsgarantien für Eisenbahnen nur 5,8 Millionen Gulden und unter dem Ministerium *Adolf Auersperg* wurde auch nicht einer einzigen Eisenbahn Staatsgarantie gewährt.

Die Mitschuld an der Katastrophe hinderte aber die feudalen und klerikalen Herrschaften, wie betont, durchaus nicht, nach Hereinbruch derselben der liberalen Partei die alleinige Verantwortung für das, was geschehen, zuzuschieben, und es unterliegt kaum einem Zweifel, dass auch jene Anträge, welche der Abgeordnete *Lienbacher* und Genossen im Parlamente in Sachen der Krise einbrachten, auch nichts anderes bezweckten, als das finanzielle Regime der verfassungstreuen Regierung womöglich blozustellen. Diesen Anträgen verdankte man indess den ausgezeichneten, aus der Feder des Abgeordneten *Neuwirth* geflossenen Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses, welcher so viel werthvolles Material zur Beurtheilung der Krise enthält. Nach den zuverlässigen Angaben dieses Berichtes



wurden in den Jahren 1867—1873 nicht weniger als 1005 Aktiengesellschaften mit einem Nominalkapital von etwas mehr als 4 Milliarden Gulden konzessioniert, wovon indess allerdings bloß 682 Unternehmungen mit einem Kapital von 2578 Millionen wirklich zu Stande kamen.

Das erste Jahr der Krise wurde mit der Staatshilfe beschlossen. Es begann nun die Epoche der „geheimen Rettungen“, doch ist der seit Beginn der Krise verflossene Zeitraum noch viel zu kurz, um dieses interessante Kapitel der Geschichte des „schwarzen Freitag“ schon heute offen zu behandeln und es mag der Hinweis darauf genügen, dass das Rettungswerk vom Staate schliesslich keine Geldopfer heischte — siehe den Ausweis der Vorschusskassen. Der Staat hat von dem, was er früher bekommen, nichts zurückgegeben, sondern Alles behalten, aber leider wieder ausgegeben, nicht etwa zu Rettungszwecken übrigens. Selbst die Staatsbilanz des ersten Krisenjahres trug noch ganz das glänzende Gepräge der Epoche des „wirthschaftlichen Aufschwunges“, obschon — das Gegenbild ist drastisch — mit Jahresschluss 1873 die nachgewiesenen gesammten Kursverluste bereits mehr als  $1\frac{1}{2}$  Milliarden Gulden betrugen und obschon der Liquidation und dem Konkurse nicht weniger als 166 Gesellschaften mit einem Nominalkapitale von 1022 Millionen Gulden verfallen waren.

Die Wegräumung des wirthschaftlichen Schuttes, welche damals begonnen wurde, muss leider noch immer fortgesetzt werden, es wird noch heute fortliquidirt. Die „Hyänen der Liquidation“ haben den armen Aktionären aus der Gründungszeit in zahlreichen Fällen grossen Schaden zugefügt, aber die trostlose Situation der Liquidationsgesellschaften ist auch sonst in arger Weise ausgenützt worden. Die gleich nach Ausbruch der Krise im Börsensaal ausgegebene Parole: „Das Schuldbuch sei vernichtet“ — ist nicht blos von einzelnen „kleinen“ Spekulanten und Koulissiers beherzigt, sondern — so unglaublich dies auch klingen mag — auch von reichen Leuten auf und ausserhalb der Börse, ja von notorischen Millionären akzeptirt worden, und einen „unterdeckten“ Konto bei einer Bank oder einem anderen Unternehmen nicht zu begleichen, war insbesondere, wenn es sich um ein liquidirendes, mithin um ein herrenloses Institut handelte, förmlich Mode geworden! Aber so wenig man heute schon die „geheimen Rettungen“ des Jahres 1873 behandeln kann, ebenso wenig geht es an, jetzt bereits die Episode der „stillen Ausgleichs“ Derjenigen, die es „Gottlob nicht nöthig gehabt hätten“, detaillirt zu glossiren; die Mehrzahl dieser Ehrenmänner erfreut sich noch heute „der süssen Gewohnheit des Daseins“, und sie werden auch gar nicht von der Furcht gequält, dass man von ihren Thaten den „Mantel der interkonfessionellen Liebe“ wegziehen könnte.



Zehn Jahre nachher! Aus der Asche der Millionen ist viel weniger gerettet worden, als man mit rechtzeitig zugreifender Hand, mit einem verständigen Wohlwollen hätte retten können, und weggeräumt ist die Asche, getilgt sind die Spuren des Brandes noch lange nicht . . . .



### Zehn Jahre nachher.

Am zehnten Jahrestag der Krise fand in einem intimen Finanzkreise eine Art Gedenktrauermahl statt. Man führte Klage über die bösen Zeiten und sprach davon, dass die einstige Verheissung des seither zu den Statthaltern versammelten Herrn *de Pretis*: „Es wird schon besser werden —“ noch immer nicht in Erfüllung gegangen sei. Auch ein gewiegter Matador des Schrankens liess sich vernehmen: er gab seine Meinung, wie das so seine Art ist, in kurzen, abgehackten Sätzen, und ohne sich viel um die verwirrenden Eigenthümlichkeiten der deutschen Sprache und Orthographie zu kümmern, fasste er seine Gedanken in den Schlusssatz zusammen: „Verdienen“, meine Herren, wird noch immer mit einem kleinen „f“ geschrieben“. . . Die Anwesenden nickten verständnissinnig; der alte Millionär hatte mit einem Worte, ja, mit einem, wenn auch nicht ganz korrekt angewandten Buchstaben, mit seinem schlichten kleinen „f“ die Situation scharf charakterisirt.



Der Wahlspruch eines bekannten Wiener Bankbarons: „Rast' ich, so rost' ich“ — dieser Wahlspruch sollte füglich das Hausportal aller Wiener Banken und Bankiers schmücken, denn die lange Rast der Wiener Bankierswelt hat wirklich viel Rost angesetzt. Die Bankwelt hat für die Methode, nach welcher man neue Unternehmungen schafft, schier das Gedächtniss verloren, und wenn man einem Bankdirektor oder einem Bankier ein Geschäft offerirt, blickt er den Offerenten verwundert an, als wollte er nach Art jenes „unschuldigen“ Mädchens, welches von Mama die Bedeutung eines Lieutenants erfahren will, denselben fragen: „Was ist denn das, ein Geschäft?“ Es hat wirklich den Anschein, als wenn sich die Bankverwaltungen mit den Millionen ihrer Aktionäre während der langwierigen Krise ins Privatleben zurückgezogen hätten. Von der „höchsten Fruktifizierung“ zu Anfang des Jahres 1873 ist man bei der niedersten im Jahre 1883 angelangt, und wenn das so fortgeht, wird der magere Gewinn im „reinen Bankgeschäfte“ schliesslich noch dem ätherischen Sparkassabüchel-Ertrage Platz machen. Und die Aktionäre? „Les actionnaires sont des tigres ou des moutons, mais toujours des bêtes“ („Die Aktionäre sind Tiger oder Schafe — in jedem Falle aber dumme Thiere“), behauptete seinerzeit Monsieur *Mirès*, und man kann nicht sagen, dass die Behauptung des gewiegten Fachmannes heute bereits ein überwundener Standpunkt sei; sie trifft leider noch immer

vollkommen zu, nur dass die vaterländischen Aktienbesitzer fast ausnahmslos in die zweite Kategorie, in die Gattung der — Gutmüthigen gehören. Die „Saison der Generalversammlungen“ ist wieder zu Ende und wieder haben die frommen Schafe kein Wässerchen getrübt. Und wenn irgend ein Bankaktionär sich zu einer öffentlichen Meinungsäusserung verstieg, so geschah es höchstens nur, um der „geehrten Verwaltung für die erspriessliche Wirksamkeit den Dank der Versammlung“ zu votiren.

Werden die Bankleiter ihre bisherige beschauliche Existenz fortfristen und, auf den kurulischen Stühlen gemächlich sitzend, den Fakiren gleich den eigenen Nabel weiterbewundern? Voraussichtlich nicht, denn es regen sich endlich wieder Keime einer neuen geschäftlichen Saat; sie regen sich trotz der stillen Beschaulichkeit im Getriebe der Banken und grossen Bankhäuser. Wer heute eine Geschichte der Wiener Bankierswelt schreiben wollte, müsste die Geschichte von gestern schreiben, denn heute kommt die Spezies der Wiener Bankiers alter Façon nur äusserst sporadisch, in vereinzelt Exemplaren, vor und diese bekennen sich so verschämt dazu, als ob die Dame wirklich Recht hätte, die einem ihr als Bankier vorgestellten jungen Mann mit wohlwollendem Lächeln die ermutigende Phrase applizierte: „O, Herr von \*, es giebt in jedem Stand honnete Leute“... Es mag ja richtig sein, dass es einen ernsten Bankmann verdriessen



muss, zu sehen, welche Sorte von Börseleuten sich jetzt mitunter „Bankier“ nennt. Die Wiener Bankmänner und Börsengrößen der alten Schule haben ihren Beruf weit weniger leicht aufgefasst, als ihre Nachfolger von heute wohl ahnen mögen. Ein Bankier von ehedem musste entweder durch Geschäftsgeist oder mindestens durch tüchtiges Fachwissen imponiren, wenn er in seiner Sphäre eine Rolle spielen wollte. Was sehen wir statt dessen heutzutage? Entweder Bankfirmen, deren ganzes Sinnen und Trachten darauf gerichtet ist, durch abgebrauchte Geschäftsfinten und Kniffe den Konkurrenten die Kommittenten abzujagen, oder „reine“ Spieler, welche die Maske von Bankiers vornehmen, ohne dass die Verstellung sie unkenntlich macht. Die vereinzelt Ausnahmen bestätigen nur die Regel.

Zur Zeit als Oesterreich noch sein Kontingent zur deutschen Bundesarmee zu stellen hatte, da präsentirte sich in Mainz einem alten Vollblut-Huszaren ein anderer Huszar, welcher der Reuss-Greiz-Schleiz'schen Streitmacht angehörte. Der edle Magyar aber mass den angeblichen Huszaren mit Blicken unsäglicher Geringschätzung und rief ihm entrüstet zu: „Ich Huszar, Du Bajazzo.“ So beiläufig mögen ja auch die Gefühle beschaffen sein, welche einen alten Bankhuzaren beschleichen, wenn er seine Uniform manchmal auf dem Leib von Personen sieht, die vermöge ihres eigentlichen Berufes gerade auch nur eine Reuss-

Greiz-Schleiz'sche Berechtigung haben, sich Bankiers zu nennen. Allein, gerade so wie der Talmi-Huszar schliesslich doch dazu gekommen ist, bei Königgrätz und Sedan in Ehren zu fechten, ebenso können die Pseudo-Bankiers mit der Zeit noch Erfolge erringen, besonders wenn die erblichen, die berufenen Bankiers, sich mit den von ihren Vätern erworbenen Millionen aus der Gefechtslinie ziehen, um sich anderen, vermeintlich „nobleren“ Sphären zuzuwenden, wo sie jedoch die Rolle des „interessanten Unbekannten“ nicht selten ebenso schlecht spielen, wie jener polnische Jude aus den „Fliegenden Blättern“, der sich den Spöttern um ihn herum im Eisenbahnkoupé „nicht zu erkennen gab“. Es ist ja auch Tradition geworden, in den Banken die Verdränger der Bankiers zu sehen; allein mit dieser Tradition verhält es sich wie mit vielen anderen, welche auf Treu und Glauben fortgepflanzt werden, ohne dass sie darum auch innere Wahrheit besitzen. Warum sollte das moderne Bankwesen in Wien die „Privathäuser“ überflüssig gemacht haben, während in London, Paris und Berlin die haute finance ungeachtet der Legion der dort kreirten Banken weiterexistirt und florirt? Die grossen Pariser Bankiers mit *Alphonse Rothschild* an der Spitze, haben als Geschäftshäuser nicht nur nicht abdizirt, sondern machen fortwährend neue und erfolgreiche Anstrengungen, der Konkurrenz zu begegnen, und verstehen dabei die Gesellschaftskunst, Geschäftsmänner und Grandseigneurs



zugleich zu sein. Und in dem aufblühenden Berlin? Die dortigen „ersten“ Häuser sind trotz der Unmasse grosser Banken für den Platz so massgebend, dass bei auswärtigen Geschäften noch immer die Häuser *Bleichröder*, *Warschauer*, *Mendelssohn* u. A. in erster Reihe herangezogen werden. Aehnlich verhält es sich in Amsterdam, Hamburg und selbst in Frankfurt. Von London, wo sich die Geschäfte in den gigantischsten Proportionen bewegen, mag hier nur vorübergehend die Rede sein. Was überall möglich ist, sollte auch in Wien möglich sein. Aber hier haben die Bankiers den Banken das Terrain freiwillig geräumt, ohne dass diese letzteren von demselben indess vollen Besitz ergriffen hätten.

Wien war niemals ein grosser Handelsplatz, und die Wiener Bankierwelt hat, wie wir das schon früher ausgeführt haben, ihre Reichthümer in erster Reihe den Staatsgeschäften zu verdanken. Grosse industrielle Unternehmungen, überseeische Geschäfte, ja selbst der grosse Waarenverkehr des eigenen Landes wurde stets ohne Mithilfe der einheimischen haute finance unternommen und betrieben. Später, während des „Aufschwunges“, suchten die grossen Bankiers hohe Zinsen zu machen, und als die Fruktifizierung im „Kostgeschäfte“ im Jahre 1873 sich zu einem so überaus verlustbringenden Geschäft gestaltete, da zogen sich die Bankmänner wie trotzig Kinder schmollend zurück und begannen ihre, der Börsenspekulation entstammenden Millionen in

Häusern und Gütern festzulegen. Seither stehen sie zu dem bekannten rothen Palais am Schottenring nur in einer sehr oberflächlichen Liaison und erscheinen dort nur noch gleichsam als Gäste, wenn es nämlich gilt, einen grossen „Fang“ zu machen, wie an jenem traurigen Bontoux-Sonntag im Jänner 1882, an dem, wie an den nächstfolgenden zwei Tagen, sie eine grössere Menge entwertheter Effekten zusammengekauft, als sonst in drei Jahren. Die damalige, vollkommen unmotivirte und nur durch das seit dem „schwarzen Freitag“ noch immer umherschleichende Angstgefühl der Börse, wie des grossen Publikums, provozirte Panik, welche selbst Renten und sonstige zweifellos gute Anlagewerthe nicht verschonte, hätte sich leicht vermeiden lassen können, wenn die Wiener Bankwelt nur ein paar Tage früher eingegriffen haben würde. Allein, dazu mangelte die Energie und vielleicht auch das nöthige Wohlwollen. Hätten unsere Finanzgrössen nach dem Jahre 1873 nur etwas mehr kaltes Blut bewahrt, und wären sie unverdrossen daran gegangen, die werthvolle Havarie aus dem wirthschaftlichen Schiffbruch zu retten, so würden sie die Diskreditirung des gesammten Assoziationswesens und die Verpönung alles dessen, was den Namen „Aktie“ führt, verhindert haben. Das hätte freilich zwei Eigenschaften bei den Rettern zur Voraussetzung haben müssen, nämlich Verständniss und Muth. Aber die Bankiers sowohl, als die Bankleiter sassen in ihren Bureaux, wie einst die Hebräer auf den



Trümmern von Jerusalem, und verzehrten ihre Zinsen und Bezüge in Thränen. Jeder Gedanke an etwas, was einer Aktion gleichsah und gleichsieht, war und ist eigentlich auch heute noch verpönt. Wie sollte da die Devaluation nicht Fortschritte bis ins Bodenlose machen? Einzelne Institute suchten ihr Heil in der Verschleuderung guter Aktiven und verkauften grosse Effektenmengen zu wahren „Schandpreisen“; wir nennen weder die Banken, noch die Papiere, denn: nomina sunt odiosa...

Die Banken waren angefault, die Industrie-Unternehmungen wurden entwerthet und es folgte schliesslich die Eisenbahnkrise. Das gesammte ökonomische Gebiet lag in Trümmern; aber es wollte Niemand zugreifen, damit der Schutt, der gar viel kostbares Gut deckte, weggeräumt werde. Da gerieth, um einen speziellen Fall herauszugreifen, eine der bestrenommirten böhmischen Bahngesellschaften, in Folge eines fehlerhaften finanziellen Kalkuls, wegen einer verhältnissmässig nicht grossen Summe vorübergehend in eine Nothlage, und unter allen Wiener Banken und Bankiers fand sich Niemand, der Kourage gehabt hätte, dem momentan bedrängten Bahnunternehmen beizuspringen. Allerdings hätte dazu auch etwas Studium und die französische Bankeinrichtung der „bureaux des informations“ gehört. In Paris besitzt nämlich fast jedes grössere Bankinstitut ein eigenes Bureau, dessen Aufgabe in nichts Anderem, als im Sammeln von Daten über andere Gesellschaften besteht, so dass man vor-

kommenden Falles blos das betreffende „cahier“ aufzuschlagen braucht, um zu wissen, wie es mit einem Aktienunternehmen bestellt ist. So ist es in Paris. In Wien zog man es vor, mit verschränkten Armen dem verheerenden Krisenbrande zuzuschauen. Wohl fand sich ein Bankier, welcher rasch einen Sanierungsplan für die erwähnte nothleidende Bahn concipirte, allein dem muthigen Manne haftete das „Gründungs-Stigma“ an, obschon seine „Gründungsünden“, bei Licht betrachtet, nicht monströser waren, als die anderer Wiener Bankiers. Die geschäftliche Qualifikations-Tabelle war nicht wohlwollend abgefasst und lautete desshalb unbefriedigend und die Regierung verweigerte dem proponirten Arrangement ihre Zustimmung. Um die Sanierungs-Operation dennoch möglich zu machen, wollte sich der Proponent sogar dazu bequemen, eine besser empfohlene Theilhaberfirma zu acquiriren und suchte desshalb mit einer Bank Fühlung zu gewinnen; aber die zaghafte Bankleitung wollte ihre Firma nicht mit etwas, was einem Geschäfte ähnlich sah, in Verbindung bringen und verzichtete lieber auf eventuellen Gewinn. Es musste schliesslich für das bedrängte Bahnunternehmen Hilfe von auswärts kommen, und die Aktien jener Gesellschaft, welche im kritischen Momente bereits auf neun Gulden gefallen waren, stehen heute wieder weit über Dreihundert! So waren die „riskanten“ Geschäfte in der Zeit beschaffen, wo für die nothleidenden Eisenbahnen die Theorie des



„kommerziellen Werthes“ im — Handelsministerium erfunden wurde und wo der Staat auch eine, nach dieser Theorie taxirte, Eisenbahn in Galizien erwarb, welche jetzt bereits reichlich ein achtperzentiges Erträgniss vom Kaufpreis abwirft. Banken und Bankiers, denen man in jener Epoche Geschäfte offerirte, hatten nur einen einzigen, ihr Angstgefühl charakterisirenden Bescheid, den Refrain der Jungfer Boulotte in *Offenbach's* „Blaubart“: „Dass ich nur nichts riskir' dabei“ ....

Jener weisse Bankier-Rabe liess sich trotz des ersten Misserfolges indess nicht abschrecken; er trat vielmehr bald mit Sanirungsplänen für andere Unternehmungen hervor und die Intelligenz und Ausdauer fanden auch ihren reichen Lohn. Böhmen war ja von jeher ein lukratives Terrain. Einst waren es die böhmischen Wälder, für deren Ergiebigkeit schon *Schiller* die nöthige Reclame besorgte, dann kamen die böhmischen Bäder und endlich die böhmischen Bahnen. Zuerst verfolgten die „Fachkreise“ die speziellen Sanirungsoperationen mit Geringschätzung und das Eingreifen von der gewissen Seite bildete anfänglich für die „Soliden“ das Signal, um sich der Papiere des betreffenden Unternehmens à tout prix zu entledigen. Doch nach und nach wurde man inne, dass denn doch etwas an der Sache sei, und heute wird der Mann von der gesammten Börse und den umliegenden Ortschaften angestaunt, beiläufig wie ein Schreibkundiger im Dorfe; die Bauern können sich über die Zauber-

leistungen des „G'schtudierten“ kaum fassen . . . Ja der Bankier hat sich die Mühe genommen, die Rechenschaftsberichte der betreffenden Gesellschaften aufmerksam zu studiren und vielleicht auch an Ort und Stelle eingehende Informationen einzuholen. Wer kann ihm diese finanziellen Kunststückchen nachmachen? In Wien offenbar Niemand, denn es fand sich nur noch eine fremde, eine belgische Gesellschaft, welche bedrängten österreichischen Eisenbahnen Hilfe brachte. In neuerer Zeit hat das mittlerweile populär gewordene „Geschäftssystem“ jenes unternehmenden Bankiers zahlreiche Anhänger gewonnen und es schart sich um dasselbe bereits ungefähr so etwas, was man im Geschäftsleben eine „Gruppe“ nennt. Das einfach rationelle Studium, oder wenn man will, der Schulmeister, hat also auch hier, auf finanziellem Boden, wieder einmal den Sieg davon getragen.

Auch *Eugen Bontoux* gesellte sich den Wenigen bei, welche „saniren und verdienen“ wollten, und es soll nicht in Abrede gestellt werden, dass der unglückliche Mann durch den Import französischen Kapitals nach Oesterreich, sowie insbesondere durch die Zusammenfassung der zahlreichen lebensunfähigen Montangesellschaften wesentlich zur Säuberung des Wiener Marktes beigetragen hat. Sein kühnes Auftreten in Oesterreich erreichte es sogar, die Wiener Banken vorübergehend aus ihrer Lethargie zu rütteln und zu einer gewissen Unternehmungslust anzuregen; doch nur



vorübergehend, wie gesagt, denn mit dem Verschwinden *Bontoux'* vom Schauplatze trat wieder der alte Zustand des Halbschlafs bei den Wiener Banken ein. Die Institute blieben wieder unthätig wie zuvor. Durch mehrere Jahre der Krise ging es in dem für die Wiener Verhältnisse viel zu geräumigen Börsensaal fast geräuschlos her. Die kleine Anzahl von „Schlüssen“, welche täglich zu Stande kamen, wurden überwiegend im „Schrannen“ effectuirt. Man denke sich einen Fluss ohne Wasser, einen Herd ohne Feuer — das ist eine Börse ohne Geräusch, ohne Lärm. Der armen, ausgehungerten Koulisse fehlte sichtlich die physische Kraft zum Schreien, und was hätte ihr der Spektakel auch genützt, die Käufer wären ja trotzdem nicht gekommen. Es war die Ruhe des Aktien-Friedhofes, und an den Säulen, die gleich schlanken Leichensteinen zum Himmel emporragen, las man in grossen Lettern die Namen der todtten Papiere, in denen hier einst ein lebendiges Geschäft etablirt gewesen. Der Eindruck, den die Wiener Börse auf den fremden Besucher machen musste, war ein äusserst melancholischer. Ein kleines, möglicher Weise erfundenes, dann aber sicherlich gut erfundenes Histörchen mag diesen Eindruck zeichnen: Ein auswärtiger Börsenmann erscheint eines Tages unter Führung eines Wiener Geschäftsfreundes im Börsensaale; nach einem flüchtigen Rundgange bittet der Fremde seinen Führer, ihm nun auch die „Geldbörse“ zu zeigen. „Die haben Sie ja soeben

gesehen.“ Der Gast aber erwidert mit einem satirischen Lächeln: „Ich dachte, wir befinden uns auf der „Waarenbörse“, denn ich habe nur „Waare“ und gar kein „Geld“ bemerkt. . .“

Zweifellos sind die Nachwirkungen der Krise durch unüberlegte Massnahmen, durch sinnloses Vorgehen bei einzelnen Actienunternehmungen, durch unglückliche Zufälle, sowie endlich durch die Unsicherheit der politischen Verhältnisse wesentlich verschärft worden. Die, man darf wohl sagen, muthwillige Aufwerfung der „Betriebsdefizitfrage“ im Jahre 1876 und die unmotivirte Sistirung der Kouponzahlung bei einigen böhmischen Bahngesellschaften haben den Eisenbahnmarkt wiederholt arg deroutirt, während die grossen Silberschwankungen kolossale Mengen von Silberpapieren auf den Markt brachten. Dazu kamen der russisch-türkische Krieg und die Okkupation Bosniens, welche uns bis heute bereits mehr als zweihundert Millionen kostete. Alles das hatte dem Wiener Spekulationsmarkt tiefe Wunden geschlagen. Es ist charakteristisch, dass selbst das neue Wuchergesetz nicht ohne üble Einwirkung auf den Börsenverkehr geblieben ist, indem nach Schaffung desselben die Börse aus Kreisen Zuwachs erhielt, welche bis dahin nur an Wuchergeschäfte gewöhnt waren. Das gesammte Spekulationsfeld ist brach gelegt worden, die reellen Käufe wurden auf ein Minimum reduzirt und wohl noch nirgends und an keiner Börse war und wird das „reine“



Spiel dermassen kultivirt, wie in Wien. Ueberall bildet eine grössere oder geringere Anzahl von einheimischen und fremden Werthen die Basis des Verkehrs. In Wien aber kennt die Spekulation nur einen Gott und ein Effekt, die „Kreditaktie“, die häufig ungeheuere Kursvariationen durchmacht und welche die „ganze Börse“ in eine masslose Aufregung versetzt, sobald in dem sonst stillen Palais „am Hof“ sich auch nur etwas zu regen scheint. Jene paar Börsenmänner, welchen dieses ewige Einerlei und der totale Mangel an Abwechslung denn doch ein bischen zuviel wurde, befriedigen ihr Spekulationsbedürfniss im Auslande, und das mag erklären, wieso es gekommen ist, dass ein grosser Theil der Aktien der Gotthardbahn sich in den Händen von Wiener Rentiers und Spekulanten befindet. Es entspricht einer alten Erfahrung, dass jene Frauen, welche es nicht verstehen, ihre stärkere Hälfte zu Hause zu fesseln und zu zerstreuen, Gefahr laufen, dass der Mann das heimische Vergnügungsdefizit auswärts deckt. Und zum Verdrusse unserer Börsensensale und Agenten haben sich an der Wiener Börse sogar bereits etliche „Remisiers“ etablirt, eine ursprünglich pariserische Börsespezialität, die hier ihren Beruf darin findet, zum Spiele in der Fremde zu animiren.

Erst in allerneuester Zeit fängt man an, der kranken Wiener Börse den Puls zu fühlen und den Ursachen des Niederganges unseres Marktes nachzuspüren. Die Schwächung des Wiener Platzes hängt

in erster Reihe mit der Neugestaltung des Staates zusammen, mit der Dualisirung desselben und mit der unter dem Regime des Grafen *Taafe* mächtig hervortretenden Tendenz der Föderalisierung der zisleithanischen Reichshälfte; sie hängt weiters, wie schon betont, mit der hier zu Lande allein und ausschliesslich zu Tage tretenden bedauerlichen Erscheinung zusammen, dass sich die alte, ehemals tonangebende Bankierswelt sukzessive von der Spekulation zurückzieht und die Börse dermassen der natürlichen Führerschaft beraubt; sie hängt des ferneren mit der im langen Kampfe ums Dasein degenerirten, entmuthigten und geschwächten Wiener Koulisse, mit dem zweifelhaften Charakter der Elemente, welche sich derselben im Laufe der letzten Jahre zugesellt haben, zusammen; sie ist endlich auf die lokalen Börse-Einrichtungen und Usancen zurückzuführen, welche sich jetzt bereits als veraltet erweisen und die sich nicht den Einrichtungen und Usancen der anderen grossen Börsenplätze akkomodiren. Die ehemals kleine Pester Börse wächst fortwährend und sind wir auch weit entfernt, derselben ihr Gedeihen zu missgönnen, so müssen wir gleichwohl konstatiren, dass der Aufschwung des Pester Platzes sich leider vielfach auf Kosten Wiens vollzieht. Die ungarische Regierung thut, was in ihrer Macht liegt, um dem Markte der ungarischen Hauptstadt möglichst Vorschub zu leisten, während die Leitung der Pester Börse ihrerseits bemüht ist, dem dortigen Effekten-



handel dadurch grössere Ausdehnung zu geben, dass sie sich den Bestimmungen und Satzungen der auswärtigen Plätze nach Thunlichkeit fügt. Alle jene Bankgeschäfte, welche das mit Naturschätzen gesegnete Ungarn bedingt, werden jetzt direkt in Pest und nicht mehr, wie früher, in Wien abgewickelt. Pest gelangt dadurch mit den anderen bedeutenden Börsenplätzen (mit Umgehung Wiens) in direkte Berührung, und der grosse Bedarf der ungarischen Regierung an „Devisen“ zur Deckung der Zinsen seiner Staatsschuld wird natürlich jetzt ebenfalls unmittelbar von Pest aus besorgt. Es gab eine Zeit, wo es mit grossem Nachtheile verbunden gewesen wäre, die Termin-Liquidation an der Wiener Börse zu forciren, allein heute liegen die Dinge anders; die Furcht, der kreditbedürftigen Koullisse dadurch Schaden zuzufügen, dass man derselben ihre Operationen erschwert, diese Furcht hat heute wenig Sinn, denn unsere Koullisse vegetirt kaum, sie existirt streng genommen nur dem Namen nach. Derzeit könnte man jede neue Massnahme und auch die Termin-Liquidation ohne Rücksicht auf diesen ehemals so wichtigen Faktor der Börse ins Werk setzen.

Die Einführung der Termin-Liquidation, der Ultimoregulirung, erweist sich, wenn wir den Kontakt mit den grossen Effectenmärkten des Auslandes nicht vollends einbüssen wollen, als unerlässlich; in gleicher Weise ergibt sich die Nothwendigkeit, dem Verfall unseres Bankkommissionsgeschäftes durch eine ent-

sprechende Aenderung der Normen im „Komptantverkehr“ entgegenzuarbeiten. Das Commissionsgeschäft an der Wiener Börse, welches einst so florirte, schrumpft immer mehr und mehr zusammen, nachdem die entsprechenden Cassa-Transactionen von Wien abgelenkt und der deutschen Börse zugewendet werden. Daran tragen aber die irrationellen Usancen unserer Börse die wesentlichste Schuld. Es erscheint nothwendig, wie das in Berlin und anderwärts der Fall ist, die „Komptantgeschäfte“ von den „auf Zeit“ vollführten Ordres zu trennen. Käufer und Verkäufer sollen sich dadurch, dass jedem Sensal nur bestimmte Effecten zugewiesen werden, leichter finden, und für Cassa-geschäfte soll es täglich nur einen einzigen Kurs geben. Dermassen wäre für den Auftraggeber die jetzt mangelnde Controle von selbst gegeben und das Miss-trauen des Privatpublikums würde wieder schwinden. Von womöglich noch einschneidenderer Bedeutung ist jedoch die Kreditfrage, die Frage des Personalkredits an der Wiener Börse. Im grossen Wirthschaftsgetriebe der Welt kennt man kaum einen Zweig, der ohne Benützung von Kredit gedeiht und prosperirt. Der Kredit bildet seit jeher das hauptsächlichste Vehikel des Geschäftsverkehrs, und nur mit Hilfe desselben ist es möglich geworden, dem Verkehr den grossen Umfang von heute zu geben. Ein Verhältniss, wo die Geschäfts-Ausdehnung sich nur der Menge der vor-handenen Baarmittel anpasst, erscheint derzeit bereits



ganz undenkbar. Und dennoch gibt es ein Verkehrsgebiet, auf welchem man den Kredit in des Wortes voller Bedeutung nicht kennt; dieses Gebiet ist das des Wiener Effektenverkehrs. Einst war es anders, aber seit dem Jahre 1873, wo nach Ausbruch der grossen Krise auch eine weitgehende Restringirung, ja eine vollständige Entziehung des Kredits erfolgte, seitdem hat die allgemeine Kreditlosigkeit an der Wiener Börse gleichsam das Bürgerrecht erlangt; ebenso wie das bürgerliche Gesetz keinen Unterschied des Standes und Ranges kennt, eben so wenig macht die Kreditnorm an der Wiener Börse einen Unterschied zwischen Hoch und Nieder, oder Reich und Arm. „Gleiches Misstrauen gegen Alle“ — lautet die Parole der Institute und aller Jener, welche den Effektenreport an der Wiener Börse beherrschen. Man denke nur: Denselben Personen, welchen Banken willig hohe Wechselkredite auf drei bis sechs Monate einräumen, denselben Personen gewährt man auch nicht den unbedeutendsten Kredit, sobald sie anstatt des Wechsels eine Unterlage in Effekten offeriren. In dem Momente, wo ein Reportgeschäft in Betracht kommt, ist derselbe Mann, welchem so lange es sich um Blankokredite handelt, Hunderttausende gegen seine einfache Unterschrift ohne Bedenken anvertraut werden, ein Anderer geworden oder er sinkt zu einem namenlosen Objekte herab, wie etwa der Patient bei gewissen berühmten Mediziniern zum blossen „Fall“



degradirt wird. Da hört der Kredit auf und da kennt man nur das Effekt, welches belehnt werden soll, und welches nach einem Schimmel zu einem bestimmten Kurse „in Kost“ genommen wird, wobei der Belehnungspreis gegen den Tageskurs in der Regel sehr ansehnlich zurücksteht. Selbst gegenüber den minder bemittelten Leuten an der Börse ist die Verweigerung jedweden persönlichen Kredits kaum zu rechtfertigen, wenn man sich gegenwärtig hält, dass im Waarengeschäfte auch kleinen Geschäftsleuten Kredite auf drei bis sechs Monate ertheilt werden, wobei die gesamte Waare dem Kreditnehmer frei überlassen wird, während es sich auf der Börse nur um die allfällige Differenz, welche zu Ungunsten des Kreditgebers eventuell eintreten könnte, handelt.

Wie ungerechtfertigt das Misstrauen im Effektenhandel gegenüber dem Vertrauen im Waarengeschäfte erscheint, hat sich in den letzten Jahren, während und nach der Krise, bei verschiedenen Anlässen gezeigt. Das Gros der Wiener Börse hat sich seit jeher durch Ehrlichkeit hervorgethan. Man erinnere sich doch nur an den Kurssturz während des serbisch-türkischen, des russisch - türkischen Krieges, sowie während der Dulcigno-Affaire; man denke weiters an jene traurigen Bontouxstage im Jänner 1882, wo Kursverluste wie im Jahre 1873, vorgekommen sind, wo Kreditaktien fast 100 Gulden, Bodenkreditaktien nahezu 150 Gulden, wo Renten 7 bis 10 Perzent und



einzelne Bahnwerthe 50 bis 70 Gulden von ihrem Kurse einbüssten — man erinnere sich an all' das und berücksichtige, dass selbst nach dem „schwarzen Sonntag“ jenes Jännermonats keine nennenswerthen Insolvenzen an der Wiener Börse vorgekommen sind. Eine Vergleichung der Statistik der Insolvenzen im Waaren-geschäfte mit jener im Effektenhandel liefert ja auch den deutlichen Beweis, dass das Risiko in jenem ein weit grösseres ist als in diesem. Die Kreditverhältnisse an der Wiener Börse beweisen, dass wir noch immer unter dem Banne der Krise vom Jahre 1873 stehen. Hat nicht selbst das im Krisenjahre kreirte Aushilfs-komitée in seiner Gestion Erfahrungen gemacht, welche geeignet waren, die Kreditwürdigkeit der Wiener Börse sogar in ihren traurigsten Zeiten in einem günstigen Lichte erscheinen zu lassen? Während nämlich an den der Börse ertheilten Vorschüssen von nahezu 45 Millionen Gulden trotz enormer Kursrückgänge so gut wie keine Verluste erlitten wurden, sind jene Millionen, welche von einem aus fachmännischen Autoritäten bestehenden Ausschusse der Industrie und dem Handel für Rechnung des Aushilfsfonds kreditirt wurden, fast zur Gänze verloren gegangen. Man möge doch auch in Rücksicht ziehen, dass seit der Schaffung der neuen Börsennormen Börsen-geschäfte als Handelsgeschäfte betrachtet werden und dass die Einbringung von Börseverbindlichkeiten durch das Börse-Schiedsgericht in viel rascherer Weise zu erfolgen pflegt, als dies bei Wechselforderungen der Fall



ist. Dass „Zeitgeschäfte“ mit entsprechender Kreditgewährung zur Hebung des Verkehrs beitragen können, dass haben unsere grossen Emissionsinstitute bereits wiederholt dargethan, indem dieselben, um der Placirung von Renten bei Neu-Emissionen Vorschub zu leisten, keinen Anstand genommen haben, selbst schwächeren Elementen ein- bis dreimonatliche und auch längere Kredite zu gewähren und die Engagements nach Ablauf ohne Zuschuss zu prolongiren. Die Coulance der Institute in den erwähnten besonderen Fällen hat sich für die betreffenden Anstalten bewährt, denn sie sind nicht zu Schaden gekommen. Will man die Wiener Börse wieder aktionsfähig machen, dann muss vor allen Dingen volles Vertrauen in die Person wiederkehren und die Gewährung von Personalkrediten muss auch als Geschäftsusance neuerdings eingeführt werden.

Man kann die Börsen-Millionäre und die Erben der Börsenreichthümer nicht zwingen, mit Aufopferung ihrer Bequemlichkeit sich des verwaisten Marktes anzunehmen, der hilflosen Börsemenge am Schottenringe beizuspringen und derselben neue Impulse zu verleihen; dazu besitzt Niemand die Macht, allein, was dennoch geschehen kann und was im Bereiche der Möglichkeit liegt, das sind Reformen, welche geeignet scheinen, den Verkehr zu heben und denselben in neue Bahnen zu lenken. Alle berufenen Faktoren und die Börsekammer an deren Spitze müssen an eine objective Prüfung der Sachlage denken, und ohne Egoismus und ohne Rück-



sicht auf separatistische Interessen jene Vorschläge und Mittel prüfen, und auch beschliessen, welche geeignet erscheinen, die Wiener Börse ihrem Marasmus und Verfall zu entreissen. Wir müssen darnach trachten, uns die bewährten Einrichtungen anderer Plätze anzueignen und dieselben unseren speziellen Verhältnissen anzupassen. Man weiss, dass Russland, welches von jeher bestrebt war, sich von dem übrigen Europa abzuschliessen, sogar so weit gegangen ist, seinen Eisenbahnen eine eigene Spurweite zu geben. Auch die Wiener Börse hat ihre eigene Spurweite, ihre besonderen Normen und Einrichtungen, welche mit jenen der anderen grossen Börsen, zu denen Wechselbeziehungen zu unterhalten unsern Interessen entsprechen würde, nicht stimmen. Wir müssen uns entschliessen, unser eigenes Börsengeleise aufzugeben und die allgemeine Spurweite des Börsenverkehrs zu akzeptiren.

Wenn man dabei ist, die „Kreditfrage“ und sei es auch nur die der Börse zu behandeln, so erscheint es nicht leicht, dieselbe von unserer „Geldfrage“, oder richtiger von unserer „Notenfrage“ ganz zu trennen. Ist es doch die durch die Papierwährung bedingte Isolirtheit unseres Geldmarktes, welche es dem Belieben unserer grossen Institute anheimgibt, auf dem inländischen Kapitalmarkt Fluth und Ebbe zu erzeugen. Wenn in einem Lande mit Metallzirkulation Geldknappheit entsteht, so genügt ein Preisaufschlag des Geldes, damit dasselbe aus anderen Ländern mit gleicher

Valuta hereinströme. Erweisen sich dagegen hierzu-  
lande die zirkulirenden Noten aus irgendwelcher  
Ursache als unzureichend, dann vertheuert sich der  
Preis derselben zwar ebenso, allein die Summe der  
vorhandenen Zirkulationsmittel wird dadurch nicht um  
einen Gulden vermehrt. Das sind die Consequenzen  
unserer Valuta-Misère. Im October des Jahres 1882  
war die österreichisch-ungarische Bank nach kaum  
dreimonatlicher regerer Geschäftsthätigkeit plötzlich  
bei einem Existenzminimum ihrer Reserven angelangt.  
Der Fall machte in den interessirten Handels- und Finanz-  
kreisen beklemmendes Aufsehen. Was wäre denn gar  
geschehen, wenn die grossen Aspekten, welche im Juli  
und August vorigen Jahres unserem Getreideverkehr  
und damit gleichzeitig dem Finanzgeschäfte sich eröffnet  
hatten, wirklich ganz, wie es leider nicht der Fall,  
erreicht worden wären? Dann wäre wahrscheinlich  
die Situation vom Monat October wohl schon eine  
geraume Weile früher geschaffen gewesen und wir  
hätten im Herbst vielleicht schon einen Zinsfuss von  
sechs, oder gar von sieben Perzent im Eskompte zu  
verzeichnen gehabt. In der Banksitzung vom 19. October  
wurde die Erhöhung der Zinsrate im Eskompte von  
vier auf fünf Perzent und im Lombard von fünf auf  
sechs Perzent beschlossen und anlässlich der diesem  
Beschluss vorausgegangenen Debatte, hat ein jüngeres,  
scharfblickendes Mitglied des Generalrathes mit Recht  
auf die geringe Expansionsfähigkeit unseres Zettel-



institutes hingewiesen und dargethan, dass das „ganz unzulängliche Bankstatut“ mit dem Maximum von fast 200 Millionen metallisch ungedeckter Noten von der Bankleitung ganz besondere Umsicht und Vorsicht erheischt, um Katastrophen zu vermeiden.

Damals trat die „Geldfrage“ in den Vordergrund der Diskussion, und wir glauben, dass sie nicht eher von der Tagesordnung verschwinden wird, bis nicht eine entsprechende Lösung erfolgt; und die Lösung ist nicht schwer, wenn man sich nur entschliesst, den Artikel 84 des Bankstatuts vom Jahre 1878, welcher das Verhältniss des Metallschatzes zur Banknotenzirkulation regelt, entsprechend zu modifiziren. Die Schöpfer des Statuts haben selbst die Möglichkeit nicht negirt, dass die der Bank zugestandene unbedeckte Notenmenge sich als unzulänglich erweisen könne. Das geht deutlich aus der dem citirten Artikel angefügten Bestimmung hervor, welche folgendermassen lautet: „Sollte die Erfahrung darthun, dass der hier festgestellte Betrag der blos bankmässig bedeckten Noten unzulänglich sei, so ist die Bank berechtigt, ihre diesfalls zu stellenden, thatsächlich begründeten Anträge den Regierungen vorzulegen und deren verfassungsmässige Behandlung anzusprechen.“ Diese Bestimmung ist aus dem alten in das neue Statut wörtlich übergegangen und verdankt ihre Existenz dem Herrenhause, in dessen Mitte sich schwerlich „Inflationisten“ befinden und vor

zwei Dezennien sicherlich nicht befunden haben. Schon bei Schaffung des Bankstatuts vom Jahre 1862 war es vorzugsweise der Artikel über die Norm der Notenbedeckung, welche zu Differenzen zwischen der damaligen Regierung und dem Abgeordnetenhouse einerseits, sowie zwischen diesem und dem Herrenhouse andererseits führte. Während nämlich die ursprüngliche Regierungsvorlage die Drittelbedeckung normirte, entschied sich das Abgeordnetenhaus für das System der „*Peel'schen Bankakte*“, das bekanntlich über die Grenze eines bestimmten Notenquantums hinaus für jede weitere emittirte Note die volle metallische Bedeckung fordert. Dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses setzte damals die Finanzkommission des Herrenhauses das berechtigte Bedenken entgegen, dass vielleicht das vom Abgeordnetenhouse angenommene Maximum der metallisch unbedeckten Noten dem Bedürfnisse des Verkehrs nicht genügen könnte, worauf eine gemischte Kommission beider Häuser zusammentrat, welche die Differenz durch einen Kompromiss beseitigte, der in der zitierten Bestimmung des Artikels 84, respektive 14 der alten Bankakte seinen Ausdruck fand. Der Zweck dieser Bestimmung lässt an Klarheit nichts zu wünschen übrig, und es mag daran erinnert werden, dass dieselbe zweimal bereits in Anwendung gebracht worden ist; zum erstenmale bei Beginn des deutsch-französischen Krieges, wo die Bankleitung sich ausser Stand gesehen hatte, ihre Devisen zu verwerthen und das zweite



Mal unmittelbar nach Ausbruch der Mai-Krise im Jahre 1873. Man entschloss sich sohin in beiden Fällen zur Sistirung der wichtigsten Bestimmung der Bankakte, aber beide Male erst im Momente der äussersten Noth. Es ist jedoch an der Zeit und empfiehlt sich dringend, die Notenkongtingentirungsfrage radikal zu lösen und nicht blos von Fall zu Fall den Artikel 84 zu sistiren, wo schon die blosse Discussion der Sistirung geeignet erscheint, die Gemüther zu beunruhigen und in Aufregung zu versetzen.

Ein ernstes Wiener Fachorgan, in welchem sich mitunter die Ideen der massgebenden Persönlichkeiten der obersten Bankleitung spiegeln, hat in einer längeren Erörterung der Frage „ihre Berechtigung“ zugestanden und das bedeutet in Ansehung der bekannten konservativen Anschauungen unserer Zettelbanklenker jedenfalls schon etwas. Auch jenseits der Leitha scheint man an massgebender Stelle die Geld- oder Notenfrage mit Aufmerksamkeit zu verfolgen. Es war zur Zeit der so unerwarteten Geldklemme im Herbst des Vorjahres, wo sich hervorragende ungarische Organe mit der Frage beschäftigten. So erörterte das massgebende Journal der ungarischen Handelswelt, der „Pester Lloyd“, in seiner Nummer vom 12. November 1882 die Zirkulationsmittelfrage und äusserte unter Anderem: „Der gegenwärtige Zustand fordert zur ernsteren Betrachtung heraus, da anerkanntermassen bei uns kein Anlass vorliegt, welcher die Beengung rechtfertigen

würde. Die grossen Zahlungen sind geleistet, die aufgestauten Beträge sind der Zirkulation überantwortet, die Anforderungen für den geschäftlichen Verkehr und für die Börse haben sich verringert und sollte sich die Etablierung des normalen Zustandes von selbst ergeben. Wenn dies nicht der Fall ist, darf man die Ursachen wohl noch tiefer suchen. Wir haben jüngst als eine der Ursachen das Verschwinden der vor Jahren in den Verkehr gelangten Silbermenge bezeichnet, wir glauben weiter gehen zu dürfen und behaupten zu können, dass die Zirkulationsmittel unserem Verkehre nicht entsprechen, dass dieselben zu wenig geworden sind. Die vorhandene Notenmenge ist seit Jahren stationär geblieben, während der Verkehr an Ausdehnung zugenommen hat und bedeutendere Mittel in Anspruch nimmt, insbesondere gilt dies von Ungarn, wo die Dotation der Bank, die vor fünf Jahren festgestellt wurde, in normalen Zeiten nicht mehr genügt. Nachdem es trotz aller Bemühungen nicht gelungen ist, dem Check-System tieferen Eingang zu verschaffen, dürfte die Frage der Zirkulationsmittel-Mengen wohl nicht bald von der Tagesordnung verschwinden, und wer weiss, ob sich dieselbe nicht dahin zuspitzen wird, dass die der Bank bezüglich der Notenausgabe auferlegten Bestimmungen einer Aenderung zu unterziehen sind, respektive, dass die Bestimmung über die Menge der unbedeckten Notenmenge — 200 Millionen Gulden — diskutirt werden müsse.“ Wie man aus dieser Aus-



lassung ersieht, ist auch das tonangebende Pester Organ der Meinung, dass die Zirkulationsmittel mit dem im Laufe der Jahre gestiegenen Verkehre heute nicht mehr im Einklange stehen, und dass das Bankstatut einer entsprechenden Modifikation zu unterziehen sei. Abgesehen von dem Interesse der Geschäftswelt liegt es doch sicherlich auch im eigensten Interesse des Staates selbst, im Wege einer Vermehrung der Zirkulationsmittel auf die Verwohlfeilung des Zinsfusses hinzuwirken. Das theuere Geld hat sich noch jederzeit als ein gefährlicher Gegner des Rentenmarktes erwiesen, nachdem das Anlagekapital sich nur dann dem Rentenmarkt zuwendet, sobald die anderweitige Fruktifizierung der Baarmittel keine bessere Verzinsung ermöglicht; selbst bei nur gleichem Ertrage ziehen es viele Kapitalisten vor, ihre Mittel im Eskompte zu verwenden, wo sie nicht mit Kursschwankungen zu rechnen haben. Da die Finanzverwaltungen der beiden Reichshälften fortwährend als Verkäufer von Rente auf dem Markt erscheinen, so muss ihnen naturgemäss daran liegen, einem möglichst niederen Geldzinsfusse Förderung zu leisten.

Wenn aber die Geldfrage eine so eminent gemeinsame Angelegenheit ist, dass auch die Dualisirung des Reiches an dieser Gemeinsamkeit bis jetzt wenigstens nichts zu alteriren vermochte, so äussert dagegen andererseits der Dualismus seine Einwirkung, sowohl auf die Börse speziell wie auf unser gesamtes Wirth-



schaftswesen in einer Weise, welche doch noch einige Schlussbemerkingen erfordert. Es ist bereits auf das zielbewusste Streben Ungarns hingewiesen worden, sich von Oesterreich in wirthschaftlicher Beziehung zu emanzipiren. Zum Ueberflusse aber arbeitet man mitunter den Ungarn von hier aus förmlich in die Hände. Oder hat man unseren Reichsnachbarn und speziell ihrer Hauptstadt vielleicht keinen Dienst damit erwiesen, als man während der grossen Pariser Bewegung in den Jahren 1880 und 1881 aus Hypersolidität reich dotirten Unternehmungen in Wien die Konzession verweigerte und dieselben nach Pest verwies, wo sie seither eine prosperirende Thätigkeit entfalten und dem Staate und der Stadt Nutzen bringen? Die Dualisirung der Eisenbahnen hat die ungarische Hauptstadt mächtig gefördert, allein das war nur die natürliche Folge der Zweitheilung des Reiches, und wenn der „österreichischen“ Staatsbahn da und dort der Vorwurf gemacht wurde, dass sie in den neuen Theilungspakt mit Ungarn willigte, so muss wohl darauf hingewiesen werden, dass diese grosse Gesellschaft volle anderthalb Dezennien länger intakt geblieben ist, als der Staat selbst. Der Staatsbahnvertrag bildet im Uebrigen einen neuen Beleg für die klare und konsequente Wirthschaftspolitik der ungarischen Regierung, sowie auch dafür, dass diese Regierung unausgesetzt bestrebt ist, den Interessen der Landeshauptstadt stets und bei jeder Gelegenheit Vorschub zu leisten. Der von der unga-



rischen Regierung gegebene Motivenbericht zu jenem Vertrage enthält u. A. die folgende charakteristische Stelle: „Die topographische Lage der Linien (der Staatsbahn) bestimmt die Gesellschaft naturgemäss, die Produzenten des Landes, Handel und Gewerbe der Hauptstadt durch Herstellung von Differenzialtarifen zu schädigen, wodurch die Interessen der Gesellschaft in vielen und wichtigen Beziehungen in Gegensatz geriethen mit dem Interesse des Landes und mit der von diesem Interesse geleiteten Eisenbahnpolitik der Regierung, die dahin gerichtet war, dass die Hauptstadt zugleich das Zentrum des ungarischen Eisenbahnnetzes werde und dass dem Staate auf die wichtigen Verkehrsrichtungen ein entscheidender und regulirender Einfluss gesichert bleibe“... So ist die ungarische Eisenbahnpolitik in einer Zeit beschaffen, wo in der anderen Reichshälfte die Dezentralisirung, die „Verländerung“ der Eisenbahnen mit Energie betrieben wird. Jede österreichische Provinz strebt jetzt nur darnach, der Reichsmetropole einen Fetzen vom Leibe zu reissen und damit womöglich die Blößen der eigenen Miniatur-Residenz zu decken. Der Fiskus ist es heute fast ganz allein, welcher sich mit Wien noch liebevoll befasst, denn dieses Wien bleibt ja trotz alledem noch immer eine vortreffliche Steuerquelle. Vom Staate nicht geschützt, von der eigenen Kommunalvertretung mit ihrer engherzigen „Bezirksberger“-Politik stiefmütterlich behandelt, muss die Reichsresidenz an



Bedeutung einbüßen. Man denke doch blos an den horrenden Vorgang der Leitung des kontrollosen „Stadterweiterungsfonds“, welcher mehr als vierzig Millionen Gulden für Baugründe in Wien eingeheimst hat und mit dem Gelde der unglücklichen Baubank-Aktionäre öffentliche Gebäude auführt, ohne sich auch nur im mindesten um die eigentliche Stadterweiterung, um Beseitigung der Verkehrshindernisse in der Wiener „City“ zu kümmern — und man gewinnt den richtigen Massstab für die „Werthschätzung“, welche die Hauptstadt des Reiches erfährt. Von allen entscheidenden Faktoren ohne Förderung gelassen, ist Wien in Gefahr, auf seinen Rang als dritte Weltstadt zu Gunsten Berlins schon jetzt verzichten zu müssen.

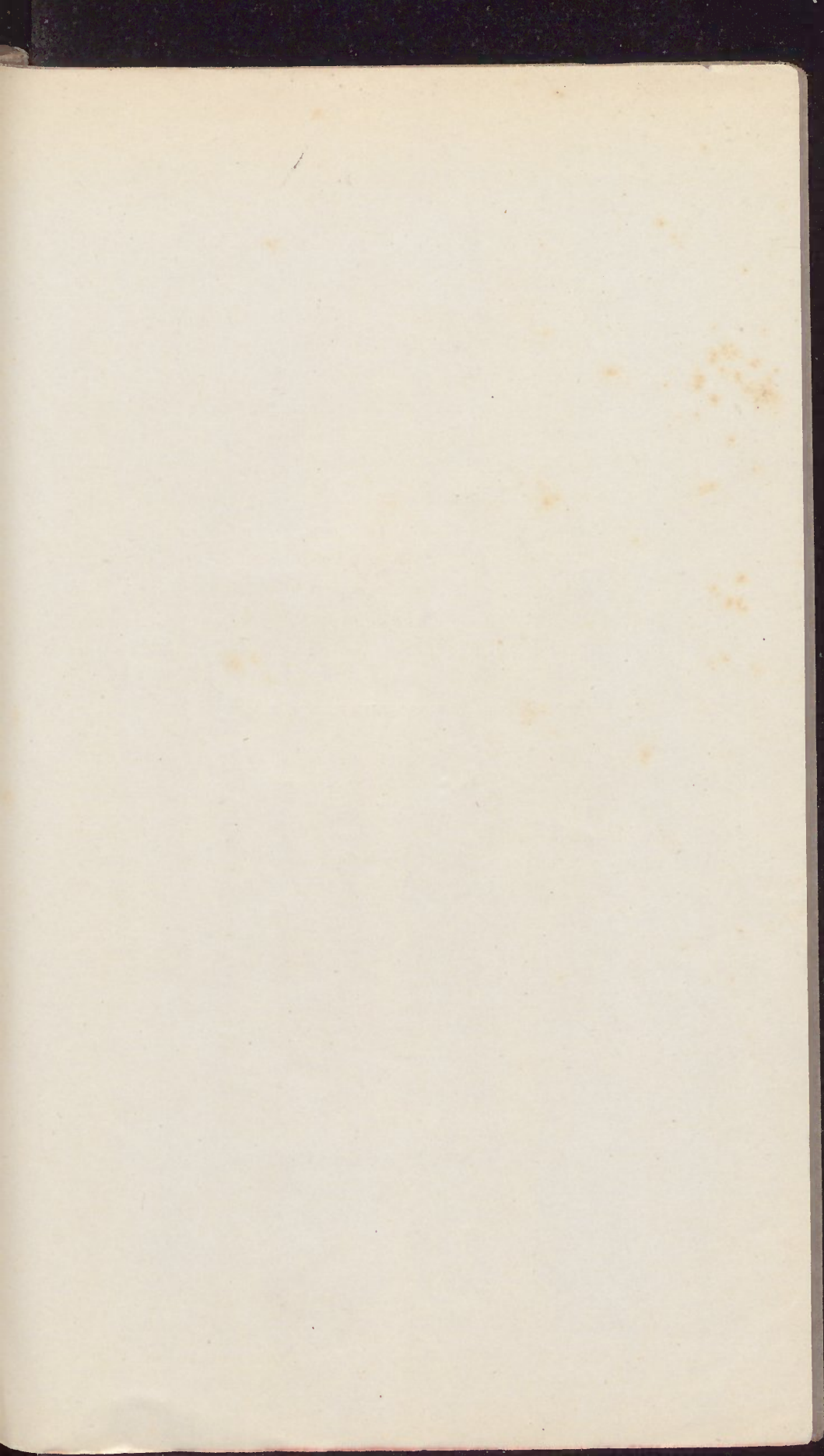
Wie soll bei so gearteten Verhältnissen Wien als Geld- und Geschäftsplatz floriren? Die Bedeutung einer mächtigen Börse für die Staatsfinanzen sowohl, als auch für die Industrie und den Handel eines jeden Landes braucht wohl keine langwierige Erörterung, und die massgebenden Kreise sollten denn doch den geschilderten Erscheinungen ihre Aufmerksamkeit zuwenden, ehe es zu spät geworden; es mag dies betont werden, obschon die bekannten Anschauungen der jetzt herrschenden Partei über die Börse im Besonderen und über das Assoziationswesen im Allgemeinen kaum geeignet sind, uns mit Hoffnungen zu erfüllen. Die heimischen Finanz- und Handelskreise und die gesammte Kapitalswelt mögen ihrerseits mit sich zu Rathe gehen



und bedenken, dass der grosse Kapitalsverlust durch die verheerende Krise noch bei Weitem weniger wiegt, als der gleichzeitig abhanden gekommene Muth und Unternehmungsgeist. Die Feigheit war noch niemals ein guter Rathgeber. Man denke doch nur an analoge Verhältnisse in anderen Ländern; man erinnere sich beispielsweise an die grosse englische Eisenbahnkrise in den Vierziger Jahren. Die Engländer liessen es nicht darauf ankommen, dass die Entmuthigung einreisse und die Schaffungslust ertödtete. Man verhüte, dass das zitierte unorthographische Scherzwort des alten Wiener Bankmannes nicht auch in der Zukunft seine Berechtigung behalte, und dass unsere Geschäftswelt nicht verurtheilt bleibe, „verdienen“ für allezeit mit dem kleinen „f“ zu schreiben . . . .



Buchdruckerei „Steyrermühl“, Wien.





BUCHDRUCKEREI STEYRERMÜHL, WIEN.







206\$0320944X